



## **Standard-Eurobarometer 83 Frühjahr 2015**

# **DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

## **ERSTE ERGEBNISSE**

Befragung: Mai 2015

Veröffentlichung: Juli 2015

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard-Eurobarometer 83 / Frühjahr 2015 – TNS opinion & social**

**Standard-Eurobarometer 83  
Frühjahr 2015**

**Erste Ergebnisse**

Umfrage durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag  
der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation  
(DG COMM, Referat „Strategie, Corporate Communication-  
Maßnahmen und Eurobarometer“)

## INHALT

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN .....</b>	<b>6</b>
1. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN UND PARLAMENTE UND IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND .....	6
2. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	7
3. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	8
4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	10
5. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	11
6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	12
7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	13
<b>II. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DER EUROPÄER.....</b>	<b>14</b>
1. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: ENTWICKLUNGEN .....	14
2. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE....	15
3. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: ENTWICKLUNGEN .....	17
4. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE .....	18
<b>III. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND DER EURO .....</b>	<b>19</b>
1. DERZEITIGE LAGE DER NATIONALEN WIRTSCHAFT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	19
2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND.....	21
3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	22
4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE .....	24
5. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND .....	25
6. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	26
<b>IV. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT .....</b>	<b>27</b>
1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND .....	27
2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE .....	28
3. DER WUNSCH, MEHR ÜBER SEINE RECHTE ZU WISSEN: TRENDS .....	29
4. DER WUNSCH, MEHR ÜBER SEINE RECHTE ZU WISSEN: NATIONALE ERGEBNISSE.....	30
5. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN UNION: ENTWICKLUNGEN .....	31

<b>V. VORRANGIGE THEMEN .....</b>	<b>32</b>
<b>1. INVESTITIONEN .....</b>	<b>32</b>
<b>2. INDUSTRIE .....</b>	<b>33</b>
<b>3. BEFÜRWORDUNG EINER GEMEINSAMEN ENERGIEPOLITIK ZWISCHEN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN .....</b>	<b>34</b>
<b>4. BEFÜRWORDUNG EINES FREIHANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEN VEREINIGTEN STAATEN .....</b>	<b>35</b>
<b>5. EINWANDERUNG .....</b>	<b>36</b>
<b>6. BEFÜRWORDUNG EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN EINWANDERUNGSPOLITIK .....</b>	<b>38</b>
<b>SCHLUSSFOLGERUNG .....</b>	<b>39</b>

## **ANLAGEN**

### **TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN**

## EINLEITUNG

Dieser Bericht präsentiert die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Befragung 83 (EB83), die vom 16. bis 27. Mai 2015 in 34 Ländern oder Gebieten durchgeführt wurde<sup>1</sup>: In den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), in den fünf Kandidatenländern<sup>2</sup> (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Montenegro, Serbien und Albanien) und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Dieser Bericht zu den ersten Ergebnissen stellt eine Auswahl von Daten zu Themen wie der politischen Situation in Europa und der Wirtschaft vor. Er wird gemeinsam mit den Ergebnissen der Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

Die Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2015 (EB83) wurde einige Tage nach der Veröffentlichung der europäischen Wirtschaftsprognose vom Frühjahr 2015<sup>3</sup> durch die Europäische Kommission durchgeführt. Diese Prognose bestätigt insgesamt eine Erholung der Wirtschaft in der Europäischen Union. Für 2015 wird ein BIP-Wachstum von 1,8% in der EU und von 1,5% im Euroraum erwartet, was im Vergleich mit der offiziellen Wachstumsrate für 2014 (1,4% bzw. 0,9%) einem Anstieg um +0,4 beziehungsweise +0,6 Prozentpunkte entspricht. Die Arbeitslosenquote in der EU bleibt hoch, ist aber unter die 10%-Schwelle gesunken<sup>4</sup>: Im April 2015 lag sie in den EU28 bei 9,7% und war somit niedriger als im April 2014 (-0,6 im Vergleich zu 10,3% zuvor). Im Euroraum lag sie bei 11,1% und ist also auch dort seit April 2014 zurückgegangen (-0,6 im Vergleich zu 11,7% zuvor).

Die Arbeitslosenquote für junge Menschen im Alter von weniger als 25 Jahren ist sowohl in den EU28 (20,7%, -1,8 im Vergleich zu 22,5% im April 2014) als auch im Euroraum (22,3%, -1,6 im Vergleich zu 23,9% im April 2014) weiter gesunken, bleibt aber auf hohem Niveau.

In 22 Mitgliedstaaten ging die Arbeitslosenquote im Vergleich zum April 2014 zurück. In Rumänien (6,9%, +0,1 Prozentpunkte seit April 2014), Belgien (8,5%, +0,1), Österreich (5,7%, +0,2), Frankreich (10,5%, +0,4), Kroatien (17,5%, +0,4) und Finnland (9,4%, +0,9) ist sie hingegen gestiegen.

Am 23. April fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Europäischen Rats statt, bei der mögliche Maßnahmen zur Verringerung des Migrationsdrucks im Mittelmeerraum besprochen wurden. Am 13. Mai präsentierte die Europäische Kommission ihre europäische Migrationsagenda<sup>5</sup> für einen besseren Umgang mit der Migration.

---

<sup>1</sup> Die genauen Daten der Feldarbeit in den einzelnen Mitgliedstaaten finden Sie in den technischen Hinweisen im Anhang.

<sup>2</sup> Die Umfrage wurde nicht in Island durchgeführt.

<sup>3</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2015/pdf/ee2\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2015/pdf/ee2_en.pdf)

<sup>4</sup> <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6862104/3-03062015-BP-EN.pdf>

<sup>5</sup> [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication\\_on\\_the\\_european\\_agenda\\_on\\_migration\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication_on_the_european_agenda_on_migration_de.pdf)

Seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2014 fanden in Griechenland, Kroatien, Italien, Finnland, Polen<sup>6</sup> und im Vereinigten Königreich nationale Wahlen statt. Litauen trat am 1. Januar 2015 dem Euroraum bei.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse für die 28 EU-Mitgliedstaaten und ist in fünf Teile gegliedert. Der erste Teil analysiert, wie die Europäer ihre politischen Institutionen wahrnehmen, und berücksichtigt dabei sowohl die nationalen Regierungen und Parlamente als auch die EU und ihre Institutionen. Er untersucht zudem, ob die EU-Bürger das Gefühl haben, dass ihre Stimme in der EU zählt. Teil zwei widmet sich den wichtigsten Problemen der Europäer auf nationaler und europäischer Ebene. Anschließend betrachtet der Bericht, wie die Befragten die aktuelle wirtschaftliche Lage wahrnehmen, was sie für die nächsten zwölf Monate erwarten und welche Einstellung sie zum Euro haben. Der vierte Berichtsteil befasst sich mit der Frage der Europäischen Staatsbürgerschaft, während sich Teil fünf auf die Meinung der Europäer zu vorrangigen Themen wie Investitionen, Industrie, Energie, Handel und Einwanderung konzentriert.

Die meisten dieser Fragen wurden bereits im Zuge vorangegangener Standard-Eurobarometer-Befragungen gestellt, sodass wir in diesen Fällen die Tendenzen der öffentlichen Meinung analysieren können.

---

<sup>6</sup> In Polen fand der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 2015, also kurz vor Beginn der Feldarbeit, statt. Der zweite Wahlgang wurde während der Feldarbeit durchgeführt (am 24. Mai).

Die angewandte Methodik entspricht dem Vorgehen bei den Standard-Eurobarometer-Befragungen, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“) durchgeführt werden<sup>7</sup>. Im Anhang zu diesem Bericht befinden sich technische Hinweise zu den Interviews, die von den Mitgliedsinstituten des Netzwerks TNS Opinion & Social durchgeführt wurden. Dort sind auch die Konfidenzintervalle angegeben<sup>8</sup>.

In diesem Bericht werden folgende Abkürzungen verwendet:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft		
TR	Türkei	ME	Montenegro
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien **	RS	Serbien
AL	Albanien		
EU28	Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 28 Mitgliedstaaten		
Euro- raum	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT	Nicht- Euro- raum	BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE, UK

\* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführt wurden, in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU28 berücksichtigt. Die Interviews, die in dem Landesteil durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: Kategorie *Türkisch-zyprische Gemeinschaft*] zugeordnet.

\*\* Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise den endgültigen Namen dieses Landes vorwegnehmen soll, der nach Abschluss der derzeit bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen beschlossen wird.

\* \* \* \* \*

*Wir möchten allen Menschen in ganz Europa danken,  
die sich die Zeit genommen haben, an dieser Befragung teilzunehmen.  
Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Befragung nicht möglich gewesen.*

<sup>7</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

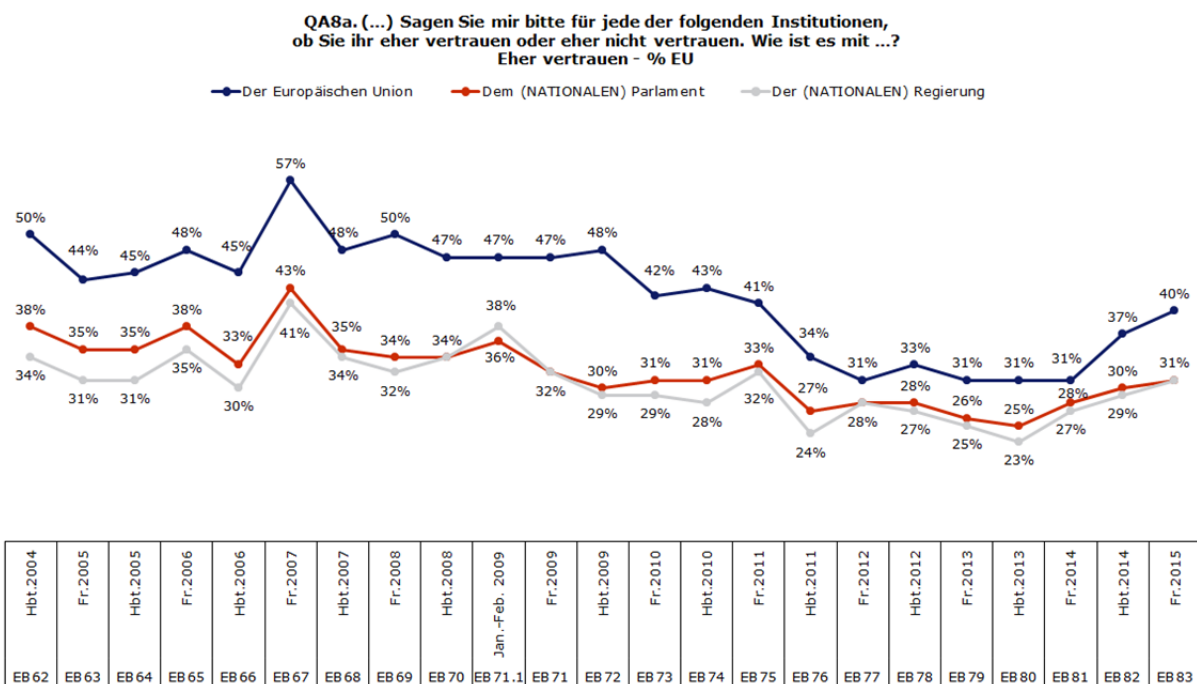
<sup>8</sup> Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Wir möchten darauf hinweisen, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebene Gesamtprozentzahl 100% übersteigen kann, wenn die Befragten die Möglichkeit hatten, zu einer Frage mehrere Antworten zu geben.

## I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

### 1. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN UND PARLAMENTE UND IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND

Das Vertrauen in die Europäische Union ist erneut gestiegen (40%, +3 Prozentpunkte seit Herbst 2014) und erreicht seinen seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2011 (EB75) höchsten Stand. Das Vertrauen in nationale politische Institutionen hat ebenfalls leicht zugenommen, bleibt aber weiterhin auf einem niedrigeren Niveau als das Vertrauen in die Europäische Union: 31% der Europäer geben an, dass sie ihrer nationalen Regierung eher vertrauen (+2); 31% sagen dies über ihr nationales Parlament (+1).

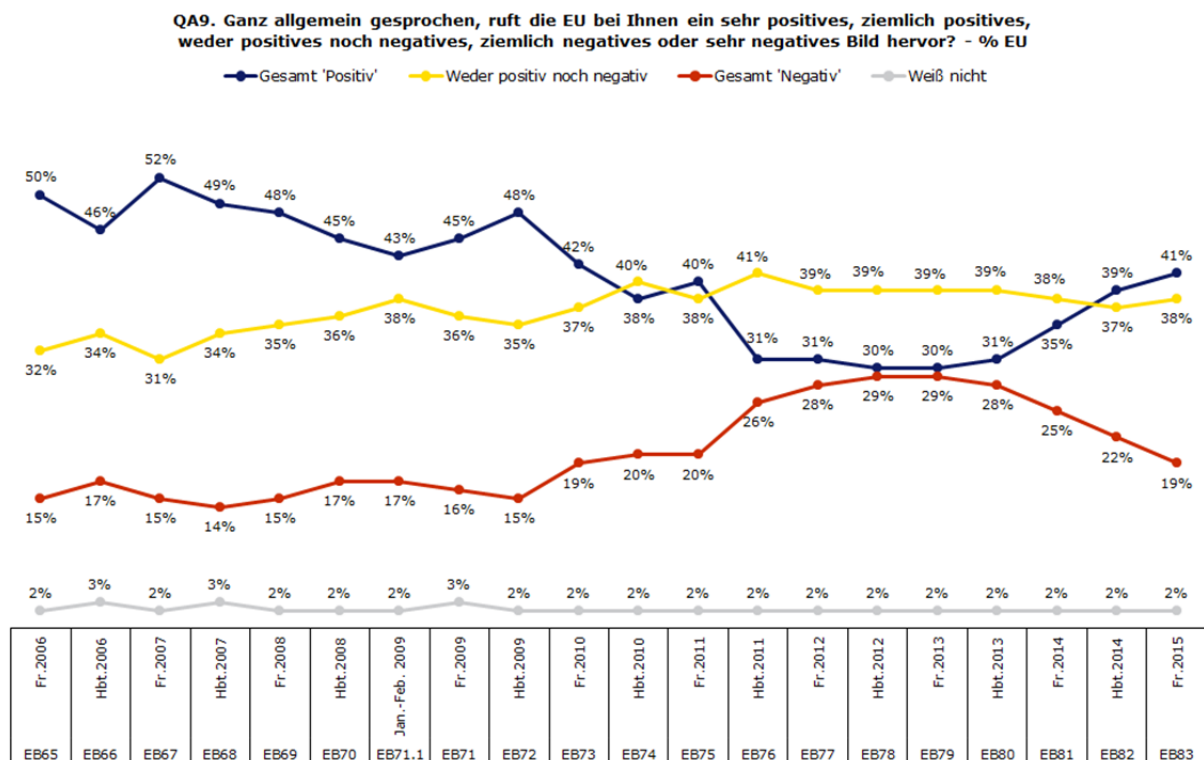
Während der Anteil der EU-Bürger, die ihrem nationalen Parlament eher nicht vertrauen (62%), unverändert bleibt, geht der Anteil derjenigen, die der nationalen Regierung (63%, -2) und der Europäischen Union (46%, -4) eher nicht vertrauen, zurück.





## 2. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Die Europäer haben weiterhin ein eher positives Bild von der EU (41%). Dieser Anteil verbessert sich zum vierten Mal in Folge (+2 Prozentpunkte seit Herbst 2014, +11 seit Frühjahr 2013). Der Anteil der Befragten, die ein weder positives noch negatives Bild der EU haben, ist leicht gestiegen (38%, +1), während der Anteil der Befragten mit einem negativen Bild der EU weiter zurückgegangen ist (19%, -3).
































### 3. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 15 Mitgliedstaaten ruft die EU bei den meisten Befragten ein positives Bild hervor (gestiegen von 12 Mitgliedstaaten im Herbst 2014). In Rumänien (62%), Irland (57%), Litauen (55%), Bulgarien (55%), Polen (53%) und Luxemburg (52%) sowie auf Malta (51%) gilt dies für mehr als die Hälfte der Bevölkerung. In Ungarn ist der Anteil derjenigen, die mit der EU ein positives Bild verbinden, gleich groß wie der Anteil derjenigen, die mit ihr ein weder positives noch negatives und somit neutrales Bild assoziieren (43% positiv, 43% neutral, 13% negativ). In zehn Ländern überwiegt ein neutrales Bild der EU. Auf Zypern (42%) und in Österreich (36%) hat eine Mehrheit der Befragten ein negatives Bild von der EU, während Griechenland derzeit nicht mehr zu dieser Gruppe zählt (25% positiv, 38% neutral, 37% negativ).

In 20 Mitgliedstaaten gewinnt das positive Bild der EU an Zustimmung, am deutlichsten in Deutschland (45%, +7 Prozentpunkte seit Herbst 2014), Litauen (55%, +5), Kroatien (47%, +5) und in den Niederlanden (42%, +5). In fünf Ländern nimmt der Anteil der Bevölkerung, der ein positives Bild der EU hat, ab, wobei der deutlichste Rückgang in Polen (53%, -8) zu verzeichnen ist.

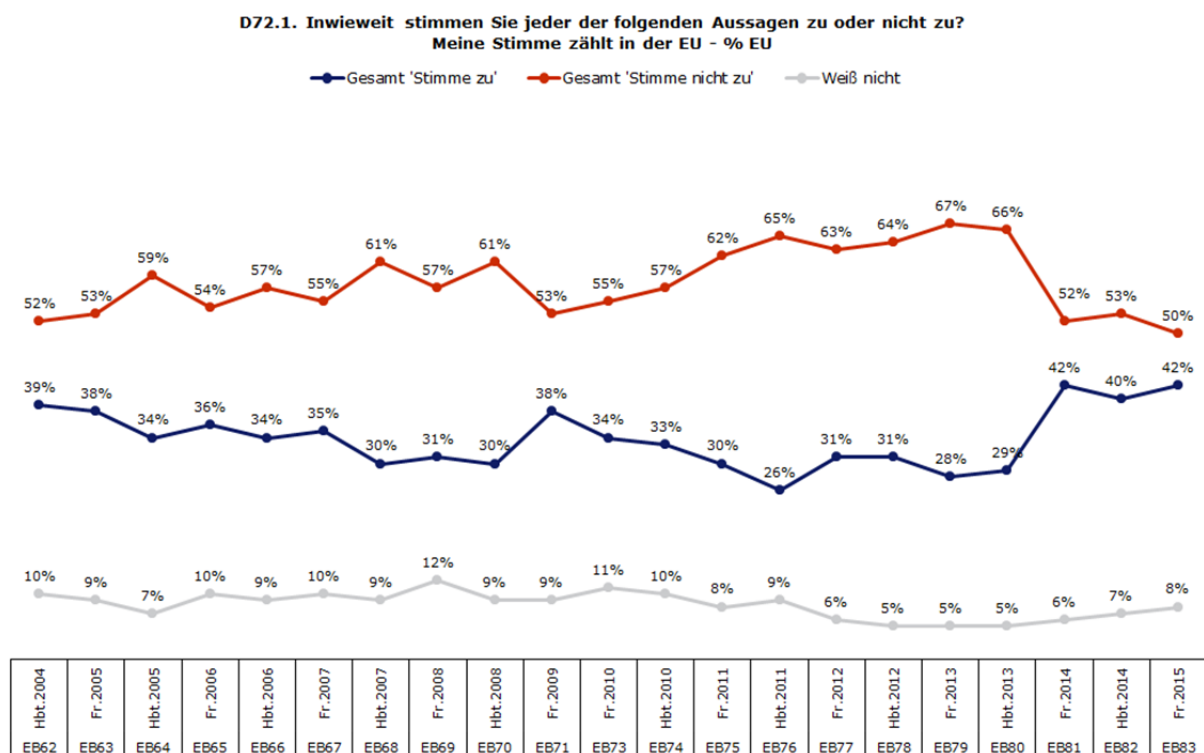
QA9. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

		Gesamt 'Positiv'	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014	Weder positiv noch negativ	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014	Gesamt 'Negativ'	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014	Weiß nicht	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014
	EU28	41%	<b>+2</b>	38%	<b>+1</b>	19%	<b>-3</b>	2%	=
	DE	45%	<b>+7</b>	37%	<b>-4</b>	17%	<b>-3</b>	1%	=
	HR	47%	<b>+5</b>	40%	<b>+2</b>	12%	<b>-7</b>	1%	=
	LT	55%	<b>+5</b>	40%	<b>-3</b>	5%	<b>-1</b>	0%	<b>-1</b>
	NL	42%	<b>+5</b>	37%	=	21%	<b>-5</b>	0%	=
	BG	55%	<b>+4</b>	29%	<b>-1</b>	14%	<b>-4</b>	2%	<b>+1</b>
	EE	49%	<b>+4</b>	41%	<b>-5</b>	8%	<b>+1</b>	2%	=
	IE	57%	<b>+4</b>	29%	=	12%	<b>-4</b>	2%	=
	IT	38%	<b>+4</b>	34%	<b>-1</b>	25%	<b>-3</b>	3%	=
	MT	51%	<b>+4</b>	39%	<b>-5</b>	8%	=	2%	<b>+1</b>
	PT	42%	<b>+4</b>	39%	<b>+4</b>	17%	<b>-8</b>	2%	=
	ES	34%	<b>+3</b>	47%	<b>+1</b>	16%	<b>-5</b>	3%	<b>+1</b>
	HU	43%	<b>+3</b>	43%	<b>+1</b>	13%	<b>-5</b>	1%	<b>+1</b>
	RO	62%	<b>+3</b>	27%	<b>-2</b>	10%	<b>+1</b>	1%	<b>-2</b>
	EL	25%	<b>+2</b>	38%	<b>+6</b>	37%	<b>-7</b>	0%	<b>-1</b>
	LV	39%	<b>+2</b>	49%	<b>-2</b>	11%	=	1%	=
	FI	37%	<b>+2</b>	47%	<b>-1</b>	16%	<b>-1</b>	0%	=
	SE	42%	<b>+2</b>	36%	<b>-2</b>	22%	=	0%	=
	UK	32%	<b>+2</b>	37%	<b>+2</b>	28%	<b>-4</b>	3%	=
	BE	43%	<b>+1</b>	35%	=	21%	<b>-1</b>	1%	=
	LU	52%	<b>+1</b>	30%	<b>-2</b>	17%	<b>+1</b>	1%	=
	CZ	37%	=	42%	<b>+2</b>	20%	<b>-2</b>	1%	=
	DK	39%	=	44%	<b>+2</b>	16%	<b>-2</b>	1%	=
	CY	24%	=	34%	<b>-3</b>	42%	<b>+4</b>	0%	<b>-1</b>
	SI	37%	<b>-1</b>	46%	<b>+2</b>	16%	<b>-1</b>	1%	=
	SK	38%	<b>-1</b>	43%	<b>+1</b>	18%	<b>-1</b>	1%	<b>+1</b>
	AT	29%	<b>-2</b>	35%	<b>+3</b>	36%	=	0%	<b>-1</b>
	FR	37%	<b>-4</b>	40%	<b>+5</b>	21%	<b>-2</b>	2%	<b>+1</b>
	PL	53%	<b>-8</b>	38%	<b>+6</b>	7%	<b>+1</b>	2%	<b>+1</b>

#### 4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Mehr als vier von zehn Europäern stimmen der Aussage zu, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt (42%, +2 Prozentpunkte seit Herbst 2014), während exakt die Hälfte der EU-Bürger nicht mit dieser Aussage einverstanden ist (50%, -3).

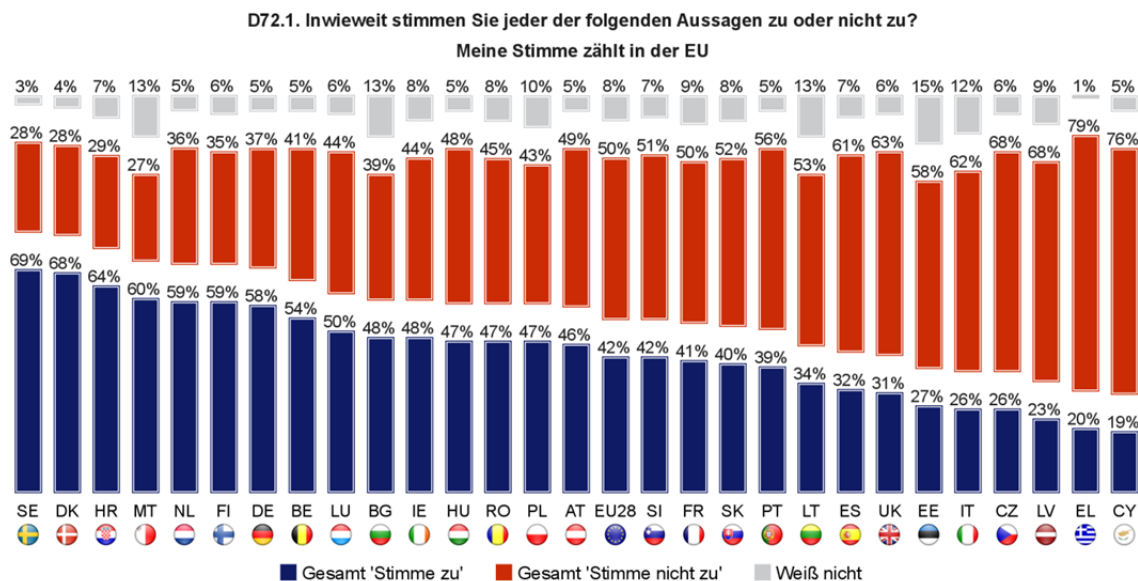
Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 nahm der Anteil der positiven Antworten auf diese Frage deutlich zu. Der höchste Anteil positiver Antworten wurde nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014<sup>9</sup> registriert und die Wirkung dieses Anstiegs dauert weiter an.



<sup>9</sup> Die Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 (EB81) wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 und somit unmittelbar nach den achten Europawahlen durchgeführt, die in der gesamten EU zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 stattfanden.

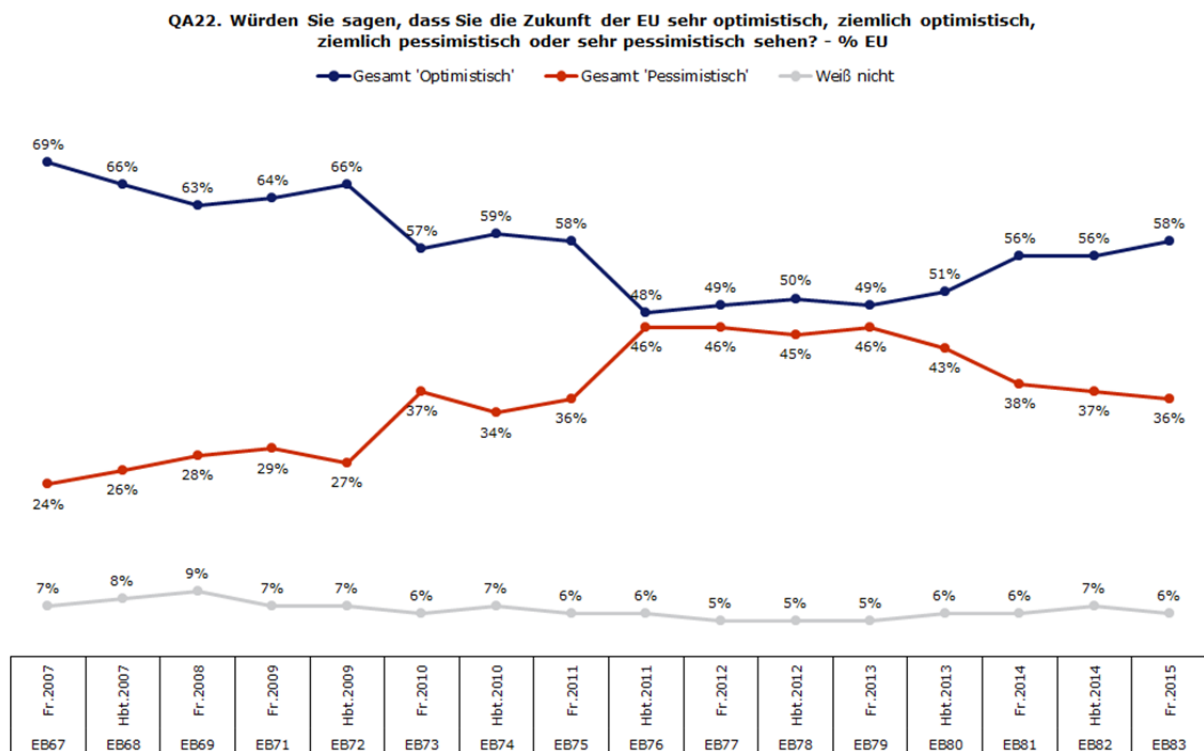
## 5. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 13 Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Europäer der Meinung, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt, wobei dieser Anteil in Schweden (69%), Dänemark (68%) und Kroatien (64%) am höchsten ausfällt. Am anderen Ende der Skala befinden sich Zypern (19%), Griechenland (20%) und Lettland (23%), wo weniger als ein Viertel der Befragten der Ansicht ist, dass ihre Stimme in der EU zählt. Im Vergleich zum Herbst 2014 ist der Anteil derjenigen, die meinen, dass ihre Stimme zählt, in 16 Mitgliedstaaten gestiegen. Bulgarien (48% „stimme zu“ gegenüber 39% „stimme nicht zu“, im Vergleich zu 44% gegenüber 46% im Herbst 2014) und Irland (48% gegenüber 44%, im Vergleich zu 43% gegenüber 51%) zählen nunmehr zur Gruppe der Mitgliedstaaten, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung denkt, dass ihre Stimme in der EU zählt. Im Gegensatz dazu hat dieses Gefühl in Ungarn (47% „stimme zu“ gegenüber 48% „stimme nicht zu“, im Vergleich zu 50% gegenüber 46% im Herbst 2014) und Österreich (46% gegenüber 49%, im Vergleich zu 53% gegenüber 47% in Herbst 2014) abgenommen, sodass eine Mehrheit der Bevölkerung dieser Aussage nun nicht mehr zustimmt.



## 6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

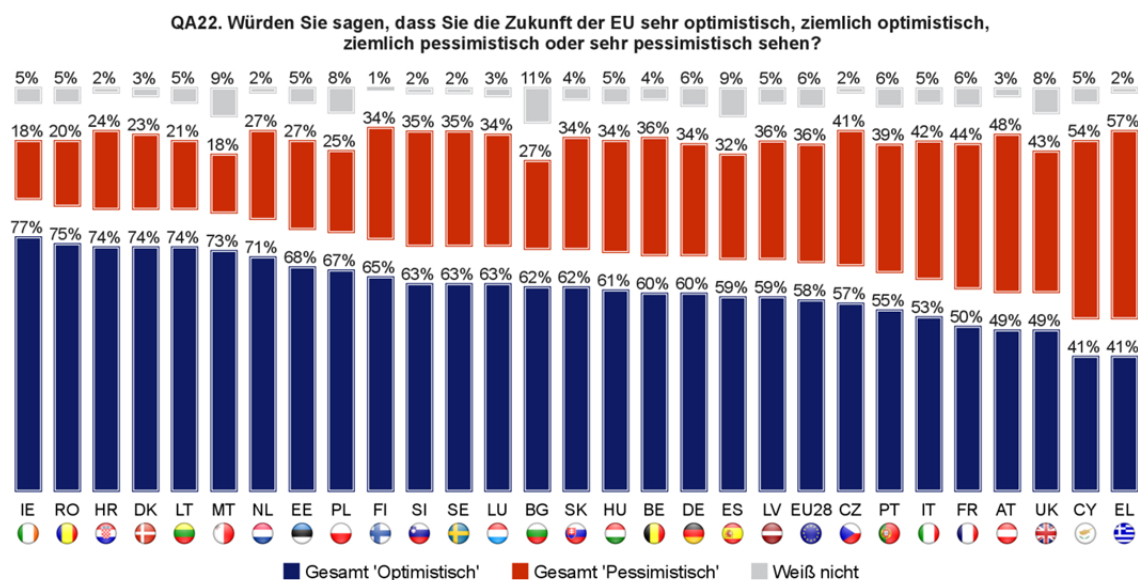
Die optimistischen Erwartungen für die Zukunft der EU haben leicht zugenommen: 58% der Europäer (+2 Prozentpunkte seit Herbst 2014) geben an, dass sie optimistisch in die Zukunft der EU blicken. Gleichzeitig ist der Pessimismus geringfügig gesunken (36%, -1).



## 7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 26 Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit der Befragten, die Zukunft der EU optimistisch zu sehen. Dabei zeigen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern: in Irland (77%) und Rumänien (75%) blicken drei Viertel oder mehr Befragte optimistisch in die Zukunft der EU, während der Anteil dieser Mehrheit in Frankreich (50%), Österreich (49%) und im Vereinigten Königreich (49%) lediglich 50% oder weniger beträgt. Zypern und Griechenland fallen als die beiden einzigen Länder auf, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung der Zukunft der EU pessimistisch entgegen sieht (54% bzw. 57%).

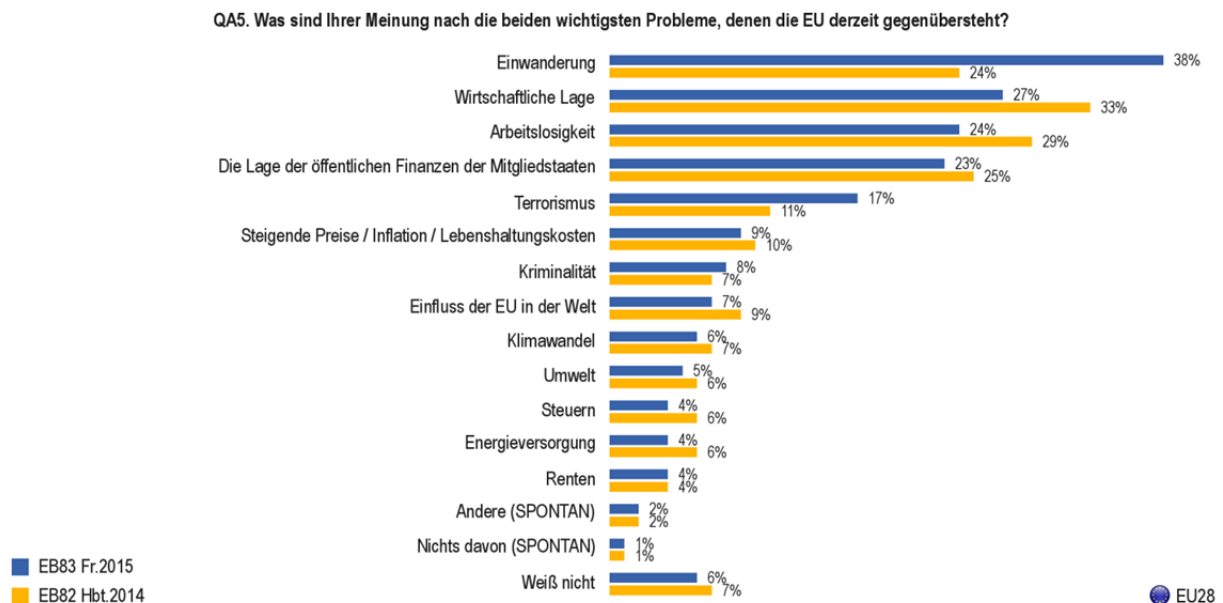
In 15 Mitgliedstaaten hat sich die optimistische Einstellung seit Herbst 2014 verstärkt, insbesondere in Italien (53%, +8 Prozentpunkte) und Kroatien (74%, +7). In zwei Ländern bleibt das Ergebnis unverändert und in 11 Ländern geht der Optimismus zurück, wobei die deutlichsten Verluste in Polen (67%, -7) und in Lettland (59%, -6) zu verzeichnen sind.



## II. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DER EUROPÄER

### 1. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: ENTWICKLUNGEN

Die Einwanderung, deren Anteil seit Herbst 2014 um +14 Prozentpunkte gestiegen ist, gilt nunmehr als das wichtigste Problem<sup>10</sup>, dem die EU derzeit gegenübersteht (38%). Es folgen die wirtschaftliche Lage (27%, -6 Prozentpunkte seit Herbst 2014 und -32 seit Herbst 2011), die Arbeitslosigkeit (24%, -5, und -14 seit Frühjahr 2013) und die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (23%, -2, und -11 seit Frühjahr 2012), die alle weiterhin dem für wirtschaftliche Themen allgemein erkennbaren Abwärtstrend folgen. Im Gegensatz dazu ist die Sorge um Terrorismus infolge der Terroranschläge in Europa (Frankreich, Dänemark und ein vereiteter Anschlag in Belgien) seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2014 stark gestiegen (17%, +6).



<sup>10</sup> Die Befragten wurden gebeten, aus einer vorgegebenen Liste zwei Probleme auszuwählen.



## 2. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Die **Einwanderung** wird von nahezu vier von zehn Europäern genannt (38%) und gilt derzeit in 20 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu vier im Herbst 2014) als das wichtigste Problem, dem die EU gegenübersteht. Auf Malta (65%), in Deutschland (55%), in Estland (54%) und in Dänemark (50%) nennt mindestens die Hälfte der Bevölkerung dieses Thema. Portugal (16%) und Griechenland (27%) sind die beiden einzigen Länder, in denen die Einwanderung nicht als eines der drei wichtigsten Probleme bezeichnet wird, dem die EU derzeit gegenübersteht. Die **wirtschaftliche Lage** belegt auf europäischer Ebene Platz zwei, wird von 27% der Europäer genannt und gilt aber in drei Ländern (im Vergleich zu 13 im Herbst 2014) als das derzeit wichtigste Problem der EU: nämlich auf Zypern (47%), in Griechenland (40%) und in Spanien (37%). Nahezu ein Viertel der Befragten nennt die **Arbeitslosigkeit** (24%). Sie steht in Irland (31%) und Kroatien (25%) an der Spitze der Problemhierarchie. Die **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** belegt auf EU-Ebene Rang vier (23%) und ist das von den Befragten in Finnland (39%) und Portugal (37%) am häufigsten genannte Thema. Der **Terrorismus**, der sich auf EU-Ebene an fünfter Stelle platziert (17%), ist die in Rumänien (28%) am häufigsten und in vier weiteren Ländern, nämlich in der Tschechischen Republik (30%), auf Malta (27%), in Bulgarien (25%) und in Polen (22%), am zweithäufigsten gegebene Antwort. In Kroatien teilt sich der **Terrorismus** den zweiten Platz bei gleichem Ergebnis mit der **wirtschaftlichen Lage** und der **Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten** (je 24% für alle drei Themen).

QA5. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

	Einwan- derung	Wirtschaft- liche Lage	Arbeits- losigkeit	Die Lage der öffent- lichen Finanzen der Mitglied- staaten	Terroris- mus	Steigende Preise / Inflation / Lebens- haltungskosten	Krimi- nalität	Einfluss der EU in der Welt	Klima- wandel	Umwelt	Steuern	Energie- versor- gung	Renten
EU28	38%	27%	24%	23%	17%	9%	8%	7%	6%	5%	4%	4%	4%
BE	39%	25%	26%	21%	20%	12%	11%	4%	6%	7%	5%	4%	9%
BG	37%	24%	9%	12%	25%	8%	11%	7%	6%	6%	2%	8%	2%
CZ	44%	18%	13%	28%	30%	10%	10%	11%	4%	5%	2%	3%	3%
DK	50%	30%	26%	17%	16%	3%	8%	8%	14%	8%	1%	3%	1%
DE	55%	18%	19%	34%	15%	7%	7%	8%	7%	4%	1%	4%	2%
EE	54%	22%	9%	31%	17%	11%	5%	9%	1%	3%	5%	5%	3%
IE	23%	27%	31%	18%	14%	14%	8%	10%	7%	6%	9%	5%	3%
EL	27%	40%	32%	33%	11%	8%	8%	14%	2%	4%	5%	2%	2%
ES	25%	37%	32%	20%	16%	9%	3%	5%	3%	3%	5%	4%	3%
FR	34%	30%	29%	17%	19%	11%	7%	7%	7%	8%	2%	4%	4%
HR	22%	24%	25%	24%	24%	15%	13%	11%	5%	3%	3%	4%	4%
IT	43%	29%	32%	15%	19%	7%	11%	4%	3%	4%	11%	3%	6%
CY	20%	47%	43%	16%	15%	7%	9%	5%	1%	1%	6%	1%	1%
LV	38%	24%	14%	26%	15%	9%	8%	10%	4%	2%	6%	4%	4%
LT	31%	24%	13%	21%	20%	14%	11%	10%	8%	2%	7%	5%	2%
LU	45%	19%	39%	24%	18%	12%	8%	8%	5%	5%	3%	3%	3%
HU	43%	26%	18%	26%	20%	9%	11%	7%	7%	4%	3%	8%	5%
MT	65%	21%	11%	17%	27%	3%	7%	3%	5%	5%	2%	3%	3%
NL	49%	35%	20%	36%	18%	6%	5%	10%	5%	4%	2%	3%	1%
AT	37%	28%	26%	36%	8%	15%	9%	8%	7%	8%	4%	3%	4%
PL	24%	20%	20%	18%	22%	14%	6%	8%	6%	3%	6%	5%	7%
PT	16%	23%	32%	37%	12%	11%	5%	6%	3%	1%	5%	2%	6%
RO	21%	18%	10%	16%	28%	12%	16%	6%	7%	7%	7%	8%	5%
SI	31%	23%	26%	28%	13%	5%	15%	7%	5%	4%	4%	5%	2%
SK	35%	20%	24%	25%	18%	14%	8%	7%	6%	4%	3%	5%	6%
FI	24%	34%	23%	39%	9%	9%	9%	10%	15%	7%	3%	7%	2%
SE	48%	36%	27%	23%	9%	2%	3%	5%	19%	15%	0%	6%	1%
UK	36%	30%	20%	16%	15%	10%	7%	8%	3%	3%	4%	4%	2%

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT

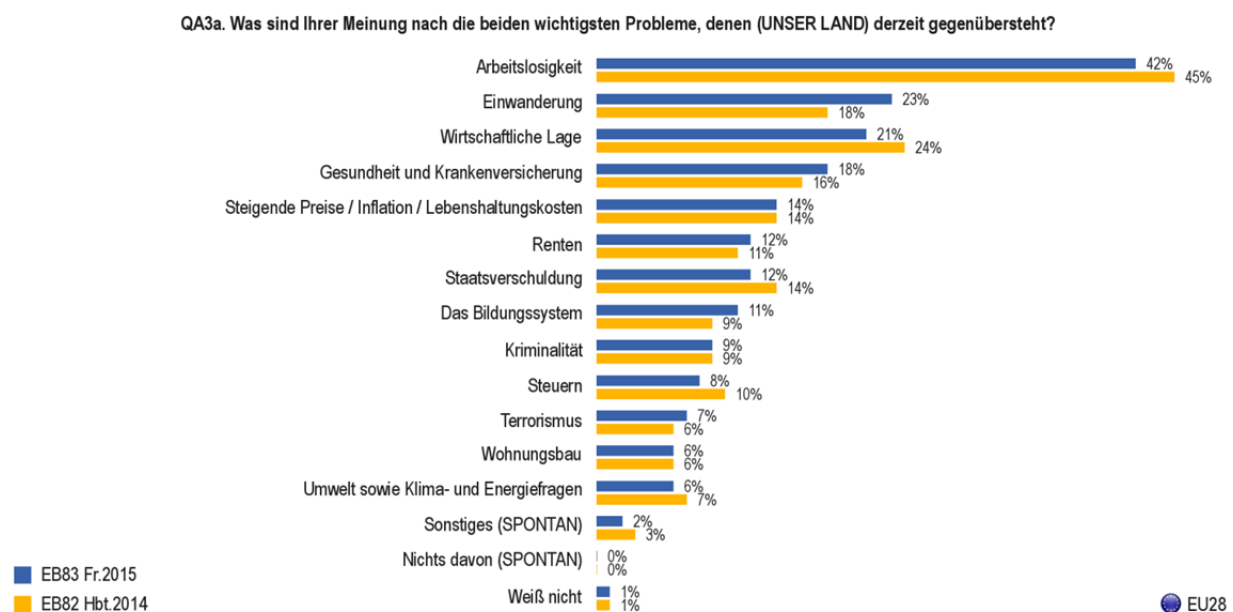
DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT

### 3. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: ENTWICKLUNGEN

Die Arbeitslosigkeit bleibt auf nationaler Ebene das für die Befragten wichtigste Problem<sup>11</sup> und wird von 42% der Europäer genannt (-3 Prozentpunkte seit Herbst 2014). Die Einwanderung ist nach einem Anstieg ihres Anteils um +5 Prozentpunkte nunmehr das zweitwichtigste Problem auf nationaler Ebene (23%) und positioniert sich vor der wirtschaftlichen Lage (21%, -3). Der Anteil des Themas „Gesundheit und soziale Sicherung“ nimmt leicht zu (18%, +2), während sich der Anteil für steigende Preise, Inflation und Lebenshaltungskosten<sup>12</sup> stabil zeigt (14%, unverändert). Mehr als zehn Prozent der Europäer nennen zudem die Renten (12%, +1), die Staatsverschuldung (12%, -2) und das Bildungssystem (11%, +2).

Eine längerfristige Trendanalyse zeigt, dass die Hierarchie und die Prozentanteile der aus Sicht der EU-Bürger wichtigsten nationalen Probleme sich wesentlich verändert haben. Wirtschaftliche Themen wie Arbeitslosigkeit (-9 Prozentpunkte seit Frühjahr 2013), die wirtschaftliche Lage (-21 seit Herbst 2011) und die Inflation (-13 seit Frühjahr 2011) haben an Gewicht verloren. Gleichzeitig sind die Anteile der Themen Gesundheit und soziale Sicherheit (+7 seit Frühjahr 2013) und insbesondere der Anteil der Einwanderung (+16 seit Herbst 2011) beträchtlich gestiegen.



<sup>11</sup> Die Befragten wurden gebeten, aus einer vorgegebenen Liste zwei Probleme auszuwählen.

<sup>12</sup> In der vorangegangenen Befragung lautete dieses Item „Steigende Preise, Inflation.“

#### 4. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Die Arbeitslosigkeit wird auf EU-Ebene als das wichtigste nationale Problem betrachtet (42%) und belegt in 19 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 21 im Herbst 2011) Platz eins der Rangfolge. In Spanien (74%) und auf Zypern (69%) wird sie von mehr als zwei Dritteln der Befragten genannt. Die Einwanderung wird im Durchschnitt von 23% der Europäer genannt und derzeit in vier Ländern als wichtigstes nationales Problem betrachtet: auf Malta (76%), in Deutschland (46%), im Vereinigten Königreich (35%) und nun auch in Dänemark (35%). Die wirtschaftliche Lage (21%) belegt Platz drei auf EU-Ebene und ist in Rumänien (33%) das am häufigsten genannte Thema. Gesundheit und soziale Sicherheit platzieren sich auf EU-Ebene erneut auf Rang vier (18%) und sind – wie schon im Herbst 2014 – die in den Niederlanden am häufigsten gewählte Antwort (56%).

QA3a. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

	Arbeitslosigkeit	Einwanderung	Wirtschaftliche Lage	Gesundheit und Krankenversicherung	Steigende Preise / Inflation / Lebenshaltungskosten	Renten	Staatsverschuldung	Das Bildungssystem	Kriminalität	Steuern	Terrorismus	Wohnungsbau	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen
EU28	42%	23%	21%	18%	14%	12%	12%	11%	9%	8%	7%	6%	6%
BE	40%	23%	16%	12%	19%	22%	13%	6%	9%	12%	7%	5%	8%
BG	44%	8%	39%	23%	21%	15%	8%	6%	13%	3%	2%	1%	3%
CZ	29%	18%	19%	14%	24%	20%	28%	5%	14%	6%	5%	4%	4%
DK	25%	35%	13%	30%	7%	5%	4%	14%	10%	6%	15%	2%	20%
DE	13%	46%	7%	15%	10%	15%	10%	21%	14%	4%	12%	7%	12%
EE	21%	24%	32%	20%	32%	14%	2%	12%	3%	19%	1%	2%	3%
IE	43%	7%	16%	30%	18%	4%	13%	7%	14%	12%	1%	23%	3%
EL	56%	11%	51%	12%	10%	7%	27%	4%	3%	12%	1%	1%	1%
ES	74%	6%	35%	13%	8%	5%	8%	10%	5%	6%	5%	5%	1%
FR	65%	12%	19%	7%	15%	11%	13%	10%	10%	8%	13%	5%	7%
HR	63%	3%	34%	5%	18%	8%	29%	3%	16%	3%	2%	2%	2%
IT	51%	31%	28%	6%	6%	14%	13%	6%	8%	19%	6%	2%	2%
CY	69%	4%	65%	5%	10%	2%	8%	4%	3%	5%	1%	2%	0%
LV	35%	10%	26%	29%	21%	24%	5%	10%	4%	18%	1%	4%	1%
LT	33%	13%	22%	12%	38%	14%	9%	10%	11%	23%	0%	3%	1%
LU	38%	15%	11%	6%	22%	7%	9%	21%	7%	7%	1%	41%	4%
HU	45%	13%	26%	26%	22%	13%	12%	7%	12%	6%	2%	6%	3%
MT	5%	76%	6%	11%	11%	12%	7%	8%	7%	1%	6%	2%	26%
NL	29%	23%	24%	56%	8%	8%	4%	9%	9%	4%	9%	3%	10%
AT	33%	31%	20%	14%	17%	11%	22%	15%	8%	6%	2%	6%	9%
PL	53%	9%	15%	24%	19%	24%	11%	5%	4%	9%	3%	4%	2%
PT	63%	3%	28%	14%	24%	13%	18%	6%	4%	15%	0%	1%	1%
RO	26%	3%	33%	26%	31%	16%	6%	13%	14%	10%	2%	3%	5%
SI	59%	1%	39%	14%	7%	8%	25%	3%	11%	12%	0%	1%	1%
SK	57%	4%	24%	24%	21%	18%	9%	7%	10%	8%	2%	5%	2%
FI	46%	6%	37%	29%	10%	6%	33%	6%	4%	8%	1%	3%	9%
SE	40%	28%	15%	29%	3%	3%	0%	38%	5%	3%	1%	7%	23%
UK	22%	35%	14%	28%	16%	6%	13%	11%	7%	6%	10%	16%	5%

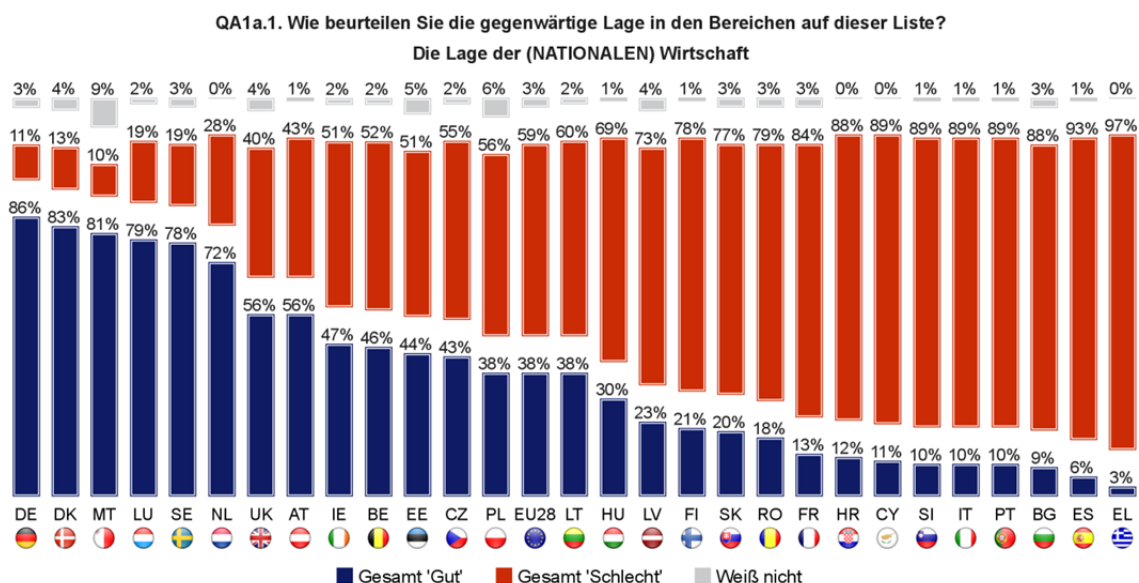
DER AM HÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT  
 DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT  
 DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNT ASPEKT

### III. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND DER EURO






























#### 1. DERZEITIGE LAGE DER NATIONALEN WIRTSCHAFT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN

Nahezu vier von zehn Europäern halten die Lage der nationalen Wirtschaft für gut (38%), was einem Anstieg dieses Anteils um +4 Prozentpunkte seit Herbst 2014 entspricht. Zwar bleibt diese Ansicht weiterhin in der Minderheit, ihr Anteil ist jedoch seit dem Frühjahr 2009 um +18 Prozentpunkte gestiegen. Die Differenz zwischen den Ergebnissen der Mitgliedstaaten hat sich ebenfalls vergrößert und beträgt nun 83 Prozentpunkte im Vergleich zu 79 Prozentpunkten im Herbst 2014. In einer ersten Ländergruppe bezeichnen mehr als sieben von zehn Befragten die Lage der nationalen Wirtschaft als „gut“; zu dieser Gruppe zählen Deutschland (86%), Dänemark (83%), Malta (81%), Luxemburg (79%), Schweden (78%) und die Niederlande (72%). Zwar vertritt auch im Vereinigten Königreich und in Österreich eine Mehrheit diese Ansicht, ihr Anteil beträgt jedoch lediglich 56%. In den übrigen Mitgliedstaaten zeigt sich eine Mehrheit der Befragten weiterhin pessimistisch, was insbesondere für Bulgarien, Spanien und Griechenland gilt, wo weniger als 10% der Bevölkerung die Lage der nationalen Wirtschaft als „gut“ bezeichnen (9%, 6% bzw. 3%).

Im Vergleich zum Herbst 2014 meinen die Befragten in 23 Mitgliedstaaten, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage festzustellen, wobei dies am deutlichsten auf die Befragten in Belgien (46%, +16 Prozentpunkte) und in den Niederlanden (72%, +10) zutrifft. Auch in Frankreich (13%, +5), in Portugal (10%, +4), auf Zypern (11%, +4), in Italien (10%, +3) und in Slowenien (10%, +1) nehmen mehr Befragte als zuvor die nationale Wirtschaftslage als gut wahr, womit alle diese Länder derzeit nicht mehr zur Gruppe der Länder zu rechnen sind, in denen sich lediglich weniger als 10% der Bevölkerung optimistisch zur Lage der nationalen Wirtschaft äußern. In fünf Ländern hat sich die Einschätzung der nationalen Wirtschaftssituation hingegen verschlechtert: in Estland (44%, -7), in Polen (38%, -5), in Schweden (78%, -3), in Finnland (21%, -1) und in Lettland (23%, -1).



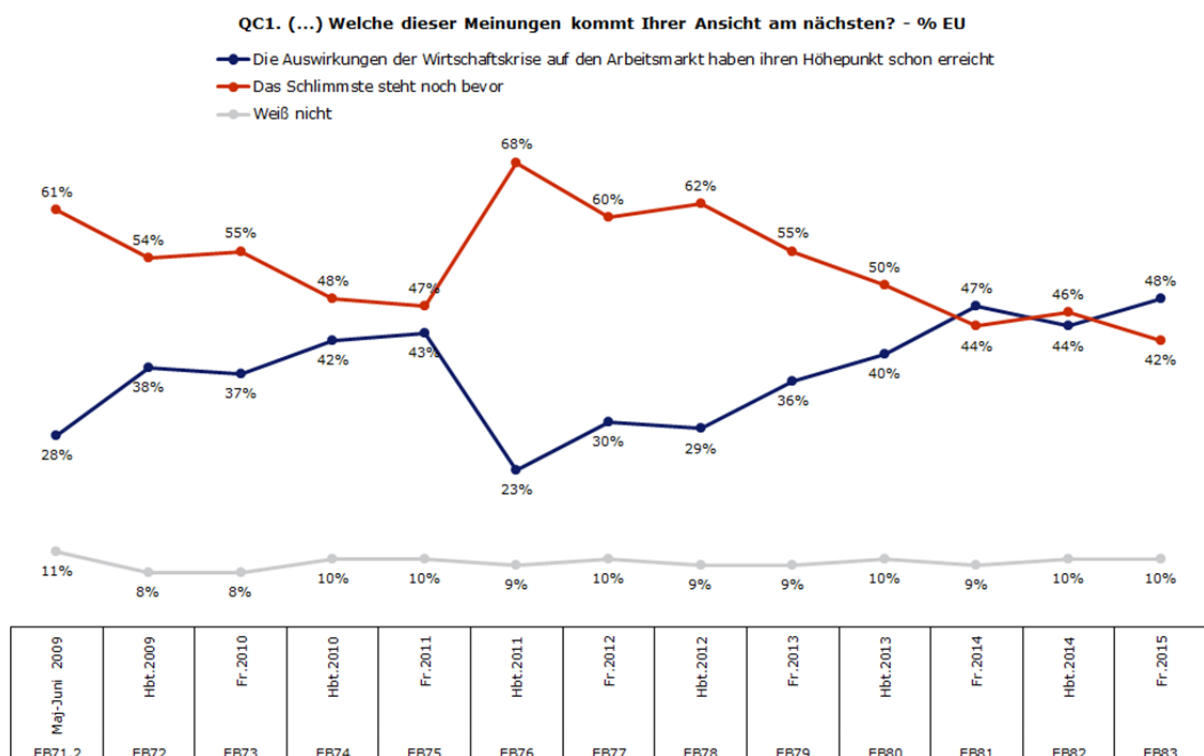
QA1a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

		Gesamt 'Gut'	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014	Gesamt 'Schlecht'	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014	Weiß nicht	Unt. Fr.2015- Hbt. 2014
	EU28	38%	<b>+4</b>	59%	<b>-4</b>	3%	<b>=</b>
	EURO-ZONE	36%	<b>+6</b>	62%	<b>-6</b>	2%	<b>=</b>
	NICHT EURO-ZONE	44%	<b>+3</b>	52%	<b>-2</b>	4%	<b>-1</b>
	BE	46%	<b>+16</b>	52%	<b>-16</b>	2%	<b>=</b>
	NL	72%	<b>+10</b>	28%	<b>-10</b>	0%	<b>=</b>
	IE	47%	<b>+9</b>	51%	<b>-9</b>	2%	<b>=</b>
	DE	86%	<b>+8</b>	11%	<b>-7</b>	3%	<b>-1</b>
	MT	81%	<b>+8</b>	10%	<b>-8</b>	9%	<b>=</b>
	UK	56%	<b>+8</b>	40%	<b>-6</b>	4%	<b>-2</b>
	CZ	43%	<b>+8</b>	55%	<b>-8</b>	2%	<b>=</b>
	SK	20%	<b>+7</b>	77%	<b>-8</b>	3%	<b>+1</b>
	AT	56%	<b>+6</b>	43%	<b>-6</b>	1%	<b>=</b>
	FR	13%	<b>+5</b>	84%	<b>-6</b>	3%	<b>+1</b>
	LU	79%	<b>+4</b>	19%	<b>-4</b>	2%	<b>=</b>
	HU	30%	<b>+4</b>	69%	<b>-4</b>	1%	<b>=</b>
	CY	11%	<b>+4</b>	89%	<b>-4</b>	0%	<b>=</b>
	PT	10%	<b>+4</b>	89%	<b>-5</b>	1%	<b>+1</b>
	IT	10%	<b>+3</b>	89%	<b>-3</b>	1%	<b>=</b>
	BG	9%	<b>+3</b>	88%	<b>-4</b>	3%	<b>+1</b>
	ES	6%	<b>+3</b>	93%	<b>-4</b>	1%	<b>+1</b>
	DK	83%	<b>+2</b>	13%	<b>-4</b>	4%	<b>+2</b>
	LT	38%	<b>+2</b>	60%	<b>-2</b>	2%	<b>=</b>
	HR	12%	<b>+2</b>	88%	<b>-1</b>	0%	<b>-1</b>
	RO	18%	<b>+1</b>	79%	<b>-1</b>	3%	<b>=</b>
	SI	10%	<b>+1</b>	89%	<b>-1</b>	1%	<b>=</b>
	EL	3%	<b>+1</b>	97%	<b>-1</b>	0%	<b>=</b>
	LV	23%	<b>-1</b>	73%	<b>+1</b>	4%	<b>=</b>
	FI	21%	<b>-1</b>	78%	<b>+1</b>	1%	<b>=</b>
	SE	78%	<b>-3</b>	19%	<b>+4</b>	3%	<b>-1</b>
	PL	38%	<b>-5</b>	56%	<b>+6</b>	6%	<b>-1</b>
	EE	44%	<b>-7</b>	51%	<b>+8</b>	5%	<b>-1</b>



## 2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND

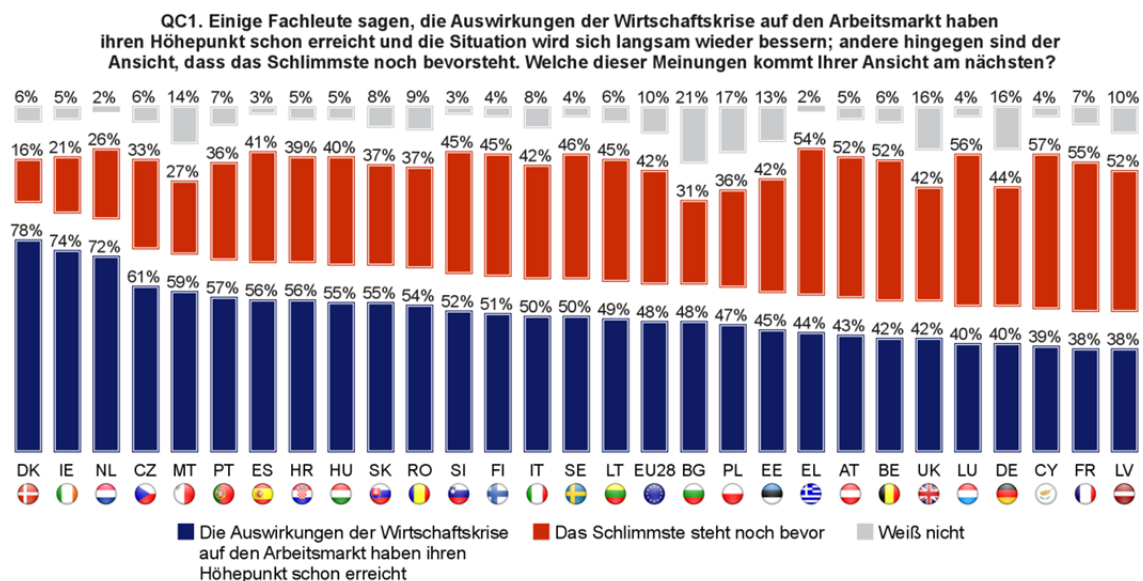
Eine Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben (48%, +4 Prozentpunkte), während 42% meinen, dass das Schlimmste noch bevorsteht (-4). Zwar wurde der seit Frühjahr 2013 (EB79) andauernde positive Trend vom Ergebnis des Standard-Eurobarometers im Herbst 2014 vorübergehend unterbrochen (erneut vertrat eine Mehrheit der Befragten die Meinung, dass das Schlimmste noch bevorstehe), aktuell nimmt jedoch erneut das Gefühl zu, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben.



### 3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN






























In 19 Mitgliedstaaten meint eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben (im Vergleich zu 14 im Herbst 2014). Wie schon im Herbst 2014 fällt dabei auf, dass in Dänemark (78%), in Irland (74%) und in den Niederlanden (72%) mehr als zwei Drittel der Befragten dieser Ansicht sind. In 16 weiteren Ländern überwiegt der Optimismus gegenüber dem Pessimismus und erreicht dabei Anteile zwischen 61% in der Tschechischen Republik und 45% in Estland. In acht Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, dass das Schlimmste noch bevorsteht: auf Zypern (57%), in Luxemburg (56%), in Frankreich (55%), in Griechenland (54%), in Lettland (52%), in Belgien (52%), in Österreich (52%) und in Deutschland (44%). Die öffentliche Meinung im Vereinigten Königreich zeigt sich derweil in zwei gleich große Lager gespalten (42% gegenüber 42%).

In 22 Mitgliedstaaten hat die optimistische Einstellung zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt zugenommen, wobei die deutlichsten Zugewinne in Slowenien (52%, +12 Prozentpunkte) und in Finnland (51%, +12) zu beobachten sind. Dagegen hat diese Einschätzung in sechs Ländern an Anhängern verloren, und zwar am deutlichsten in Lettland (38%, -6). Im Gegensatz zum Herbst 2014 kann die optimistische Haltung in dieser Frage in Finnland, Slowenien, Kroatien, Spanien, Italien und Litauen nunmehr eine Mehrheit auf sich vereinen, während in Österreich nun der Pessimismus vorherrscht (43% für „haben ihren Höhepunkt schon erreicht“ gegenüber 52% für „das Schlimmste steht noch bevor“, im Vergleich zu 48% gegenüber 47% im Herbst 2014).





QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

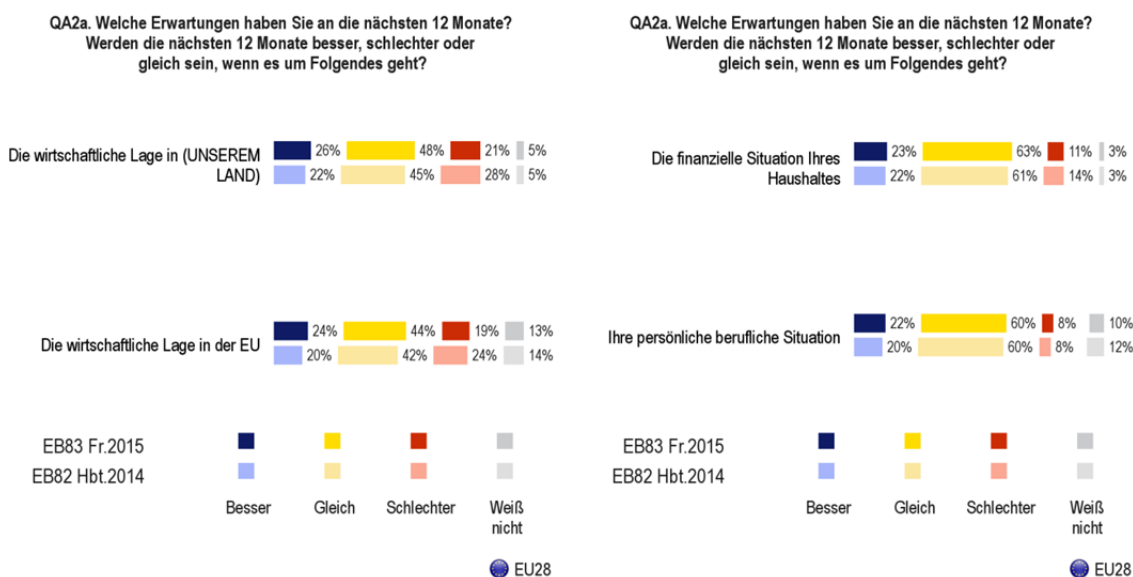
	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Fr.2015-Hbt. 2014	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Fr.2015-Hbt. 2014	Weiß nicht	Unt. Fr.2015-Hbt. 2014
 EU28	48%	<b>+4</b>	42%	<b>-4</b>	10%	<b>=</b>
EURO-ZONE	47%	<b>+6</b>	45%	<b>-4</b>	8%	<b>-2</b>
NICHT EURO-ZONE	49%	<b>-1</b>	38%	<b>-2</b>	13%	<b>+3</b>
 SI	52%	<b>+12</b>	45%	<b>-11</b>	3%	<b>-1</b>
 FI	51%	<b>+12</b>	45%	<b>-12</b>	4%	<b>=</b>
 HR	56%	<b>+9</b>	39%	<b>-11</b>	5%	<b>+2</b>
 PT	57%	<b>+8</b>	36%	<b>-7</b>	7%	<b>-1</b>
 ES	56%	<b>+8</b>	41%	<b>-7</b>	3%	<b>-1</b>
 IT	50%	<b>+8</b>	42%	<b>-8</b>	8%	<b>=</b>
 CY	39%	<b>+8</b>	57%	<b>-8</b>	4%	<b>=</b>
 FR	38%	<b>+8</b>	55%	<b>-8</b>	7%	<b>=</b>
 CZ	61%	<b>+7</b>	33%	<b>-8</b>	6%	<b>+1</b>
 DK	78%	<b>+6</b>	16%	<b>-7</b>	6%	<b>+1</b>
 NL	72%	<b>+6</b>	26%	<b>-6</b>	2%	<b>=</b>
 EL	44%	<b>+6</b>	54%	<b>-7</b>	2%	<b>+1</b>
 BE	42%	<b>+6</b>	52%	<b>-6</b>	6%	<b>=</b>
 LT	49%	<b>+5</b>	45%	<b>-4</b>	6%	<b>-1</b>
 MT	59%	<b>+4</b>	27%	<b>-1</b>	14%	<b>-3</b>
 HU	55%	<b>+3</b>	40%	<b>-3</b>	5%	<b>=</b>
 BG	48%	<b>+3</b>	31%	<b>-4</b>	21%	<b>+1</b>
 LU	40%	<b>+3</b>	56%	<b>=</b>	4%	<b>-3</b>
 IE	74%	<b>+2</b>	21%	<b>-2</b>	5%	<b>=</b>
 SK	55%	<b>+2</b>	37%	<b>-2</b>	8%	<b>=</b>
 RO	54%	<b>+2</b>	37%	<b>-2</b>	9%	<b>=</b>
 DE	40%	<b>+2</b>	44%	<b>+2</b>	16%	<b>-4</b>
 SE	50%	<b>-2</b>	46%	<b>+2</b>	4%	<b>=</b>
 EE	45%	<b>-2</b>	42%	<b>+2</b>	13%	<b>=</b>
 PL	47%	<b>-3</b>	36%	<b>+5</b>	17%	<b>-2</b>
 UK	42%	<b>-4</b>	42%	<b>-4</b>	16%	<b>+8</b>
 AT	43%	<b>-5</b>	52%	<b>+5</b>	5%	<b>=</b>
 LV	38%	<b>-6</b>	52%	<b>+4</b>	10%	<b>+2</b>

#### 4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Die Mehrheit der Europäer erwartet, dass die Lage der Wirtschaft auf nationaler (48%, +3 Prozentpunkte) und europäischer Ebene (44%, +2) in den nächsten 12 Monaten gleich bleiben wird. Allerdings zeigen sich die Europäer im Hinblick auf die nahe Zukunft erneut optimistischer, sodass die positiven Erwartungen nun gegenüber den negativen überwiegen. Etwa ein Viertel der Europäer denkt, dass die nächsten 12 Monate im Hinblick auf die nationale wirtschaftliche Lage (26%, +4) und die wirtschaftliche Lage in der EU (24%, +4) besser sein werden. Gleichzeitig geht der Pessimismus in beiden Fällen zurück (21% antworten im Hinblick auf die nationale Lage „schlechter“, -7; 19%, -4 geben diese Antwort im Hinblick auf die europäische Lage).

Zum lediglich dritten Mal seit dem Frühjahr 2004 (EB61) überwiegt der Optimismus im Hinblick auf die nationale Wirtschaftslage: der Optimismus-Index<sup>13</sup> zur Wirtschaft ist der höchste, der seitdem gemessen wurde (+5). Der Anteil der Europäer, der die kurzfristigen Aussichten für die Wirtschaftslage der EU optimistisch einschätzt (24%), erreicht das bereits im Frühjahr 2014 (EB81) registrierte Niveau und somit den höchsten Wert seit Herbst 2009 (EB72).

Mindestens sechs von zehn Europäern erwarten, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts (63%, +2) und ihre persönliche berufliche Situation (60%, unverändert) in den nächsten 12 Monaten gleich bleiben. Im Vergleich zum Herbst 2014 nehmen die positiven Erwartungen leicht zu (23% meinen, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts „besser“ sein wird, +1; 22% nehmen dies für ihre persönliche berufliche Situation an, +2), während die pessimistischen Erwartungen zurückgehen oder unverändert bleiben (11%, -3, bzw. 8%, unverändert, antworten „schlechter“). Insgesamt ergeben diese Veränderungen ein optimistisches Bild auf persönlicher Ebene, das jedoch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation weniger deutlich ausgeprägt ist.

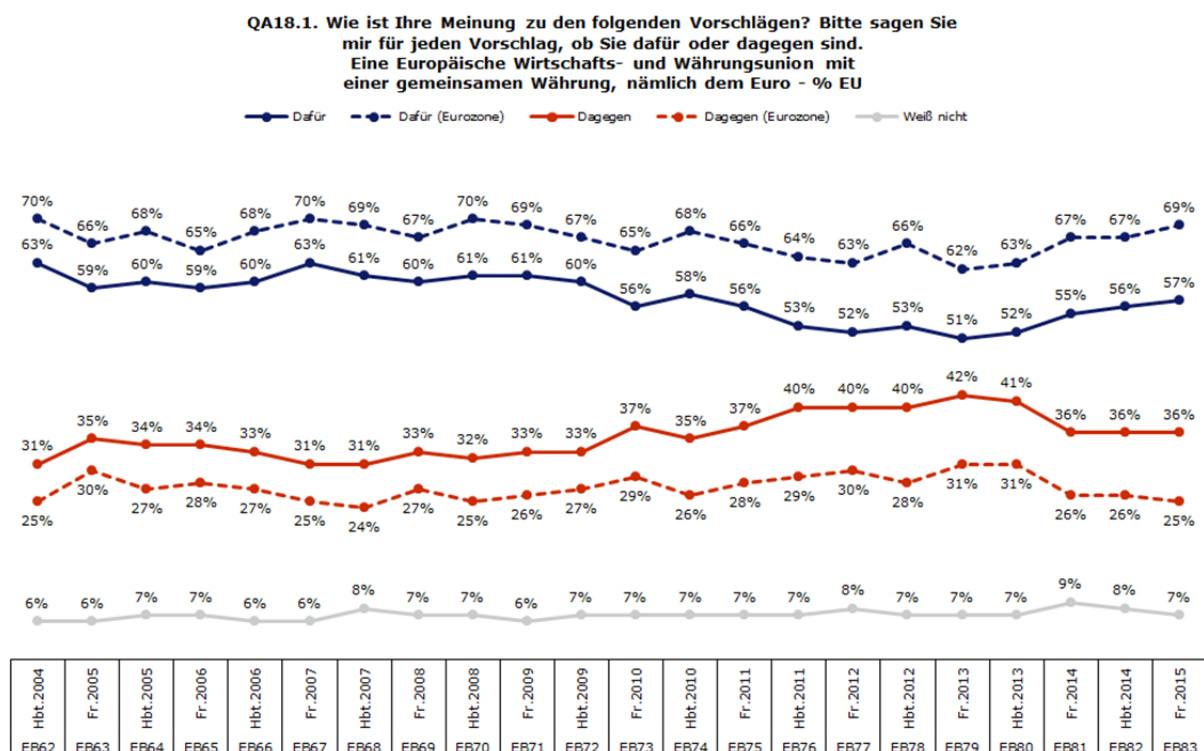


<sup>13</sup> Differenz zwischen den Anteilen der Antwort „besser“ und der Antwort „schlechter“.

## 5. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND

Die Befürwortung des Euro setzt ihren Aufwärtstrend fort: 57% der Europäer befürworten „eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro“ (+1 Prozentpunkt seit Herbst 2014), wobei der Anteil der gegenüber dem Euro ablehnenden Haltung mit 36% zum dritten Mal in Folge unverändert bleibt. Während die Unterstützung des Euro zwischen dem Frühjahr 2007 (EB67) und dem Frühjahr 2013 (EB79) beinahe kontinuierlich zurückging (von 63% auf 51%), nimmt sie seit dem Herbst 2013 langsam, aber stetig zu (von 51% auf 57%).

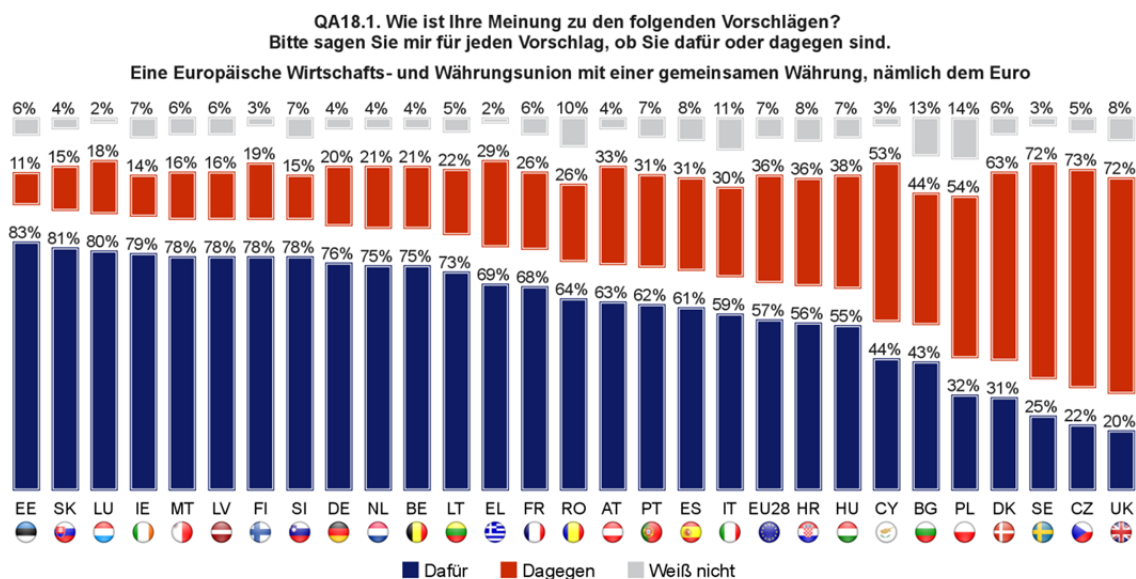
Im Euroraum befürworten – nach einem Anstieg um +2 Prozentpunkte seit Herbst 2014 – nahezu sieben von zehn Befragten den Euro (69% gegenüber 25%, -1). Die Unterstützung des Euro hat somit seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2013 (damals 62%) um insgesamt sieben Prozentpunkte zugenommen. Außerhalb des Euroraums ist diese Haltung sehr viel weniger verbreitet, sodass ein Abwärtstrend zu verzeichnen ist: hier befürwortet ein Drittel der Befragten eine gemeinsame Währung (33%, -2, gegenüber 58%, +3).



## 6. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN

Während die Unterstützung des Euro auf EU-Ebene leicht steigt, nimmt die Anzahl der Länder, in denen die Befürworter in der Mehrheit sind, hingegen ab: in derzeit 21 Mitgliedstaaten spricht sich eine Mehrheit der Befragten für den Euro aus (im Vergleich zu 23 im Herbst 2014). In Estland (83%), in der Slowakei (81%) und in Luxemburg (80%) unterstützen mindestens acht von zehn Befragten den Euro, in Kroatien (56%) und Ungarn (55%) sind seine Befürworter hingegen weniger zahlreich. In sieben Ländern (sechs außerhalb des Euroraums plus Zypern) spricht sich lediglich eine Minderheit der Befragten für den Euro aus, nämlich auf Zypern (44% gegenüber 53%), in Bulgarien – wo die Bevölkerung in zwei fast gleich große Lager gespalten ist – (43% gegenüber 44%), in Polen (32% gegenüber 54%), in Dänemark (31% gegenüber 63%), in Schweden (25% gegenüber 72%), in der Tschechischen Republik (22% gegenüber 73%) und im Vereinigten Königreich (20% gegenüber 72%).

Im Vergleich zum Herbst 2014 nimmt die Befürwortung des Euro in 14 Mitgliedstaaten und dabei am deutlichsten in Litauen (73%, +10 Prozentpunkte)<sup>14</sup> und in Griechenland (69%, +6) zu. In zehn Ländern geht sie hingegen zurück, und zwar insbesondere in Polen (32%, -8), auf Zypern (44%, -7) und in Österreich (63%, -6). In den vier verbleibenden Ländern bleibt die Anzahl der Befürworter des Euro unverändert: Estland (83%), Luxemburg (80%), Kroatien (56%) und Vereinigtes Königreich (20%). Aufgrund des auf Zypern (-7) und in Bulgarien (-2) zu verzeichnenden Rückgangs der Unterstützung zählen diese nunmehr zur Gruppe der Länder, in denen sich eine Mehrheit gegen den Euro ausspricht.

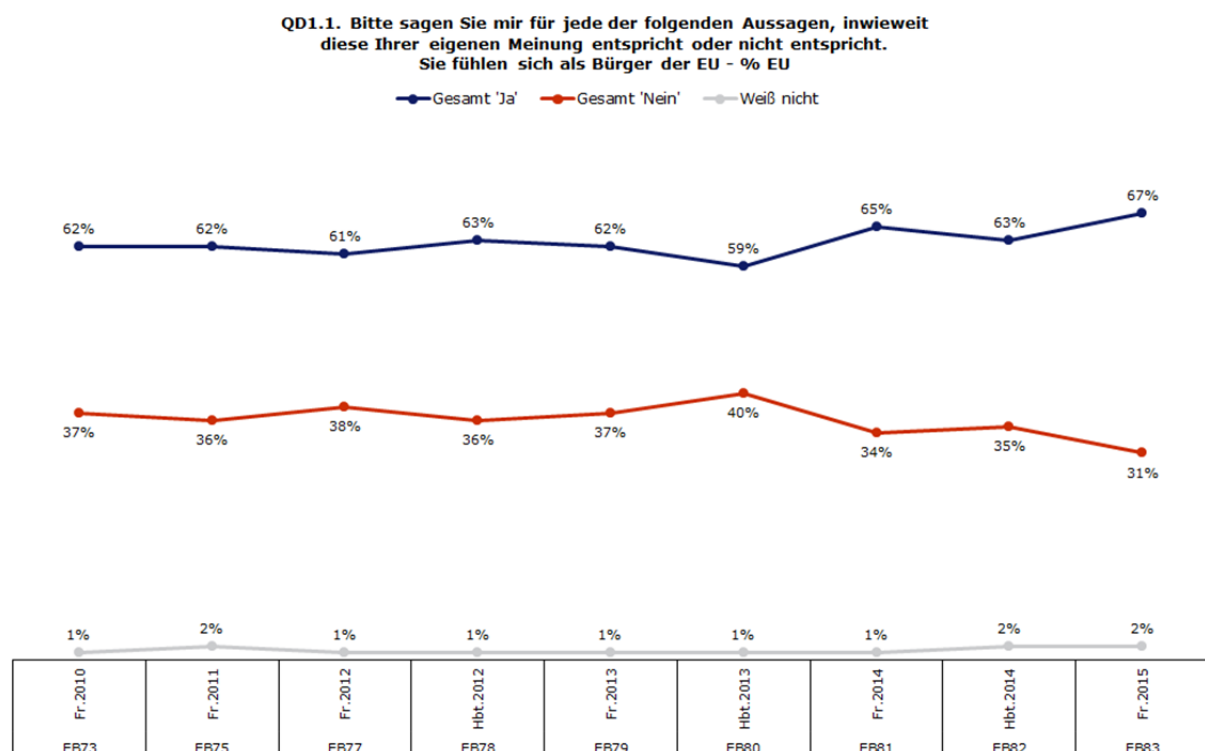


<sup>14</sup> Litauen ist am 1. Januar 2015 dem Euro beigetreten.

## IV. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT

### 1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND

Mehr als zwei Drittel der Europäer fühlen sich als Bürger der EU (67% insgesamt „ja“, +4 Prozentpunkte seit Herbst 2014). Gleichzeitig fällt der Anteil der Europäer, die sich nicht als Bürger der EU fühlen, unter die Schwelle von einem Drittel der Bevölkerung (31%, -4). Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein, scheint sich somit seit den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament, die im Mai 2014 und somit unmittelbar vor der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 (EB81)<sup>15</sup> stattfanden, verstärkt zu haben.



<sup>15</sup> Die Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 (EB81) wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 und somit unmittelbar nach den achten Europawahlen durchgeführt, die in der gesamten EU zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 stattfanden.

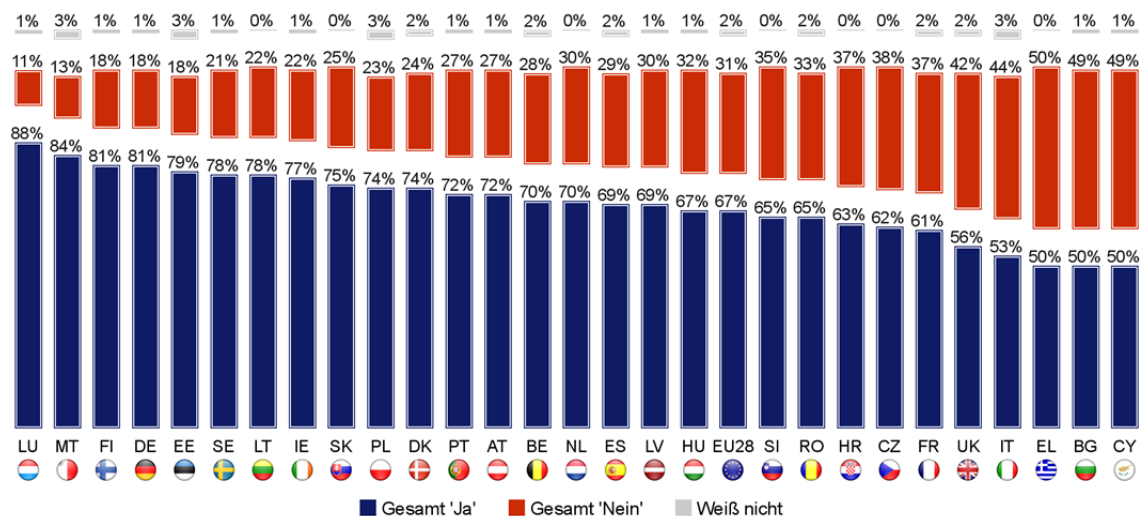
## 2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE

In 27 Mitgliedstaaten empfindet sich eine Mehrheit der Befragten als Bürger der EU (im Vergleich zu 25 im Herbst 2014). In Luxemburg (88% antworten insgesamt mit „ja“, davon 61% mit „ja, voll und ganz“), auf Malta (84%), in Finnland (81%) und in Deutschland (81%) haben mehr als acht von zehn Befragten das Gefühl, Bürger der EU zu sein, während es in Bulgarien und auf Zypern (je 50%) deutlich weniger sind. Im verbleibenden Land, nämlich in Griechenland, ist die Bevölkerung in zwei gleich große Lager gespalten: 50% fühlen sich als Bürger der EU, weitere 50% tun dies nicht. Zum ersten Mal seit Einführung dieser Frage empfindet sich in allen Mitgliedstaaten mindestens die Hälfte der Bevölkerung als Bürger der EU.

Das Gefühl, Bürger der EU zu sein, hat sich seit Herbst 2014 in 17 Mitgliedstaaten verstärkt, was insbesondere für die Niederlande (70%, +9 Prozentpunkte), Irland (77%, +7), Deutschland (81%, +7), Litauen (78%, +7) und Kroatien (63%, +7) gilt. In acht Ländern ist es hingegen – wenn auch nur in begrenztem Maße – zurückgegangen, wobei der deutlichste Rückgang in Slowenien (65%, -4) zu verzeichnen ist.

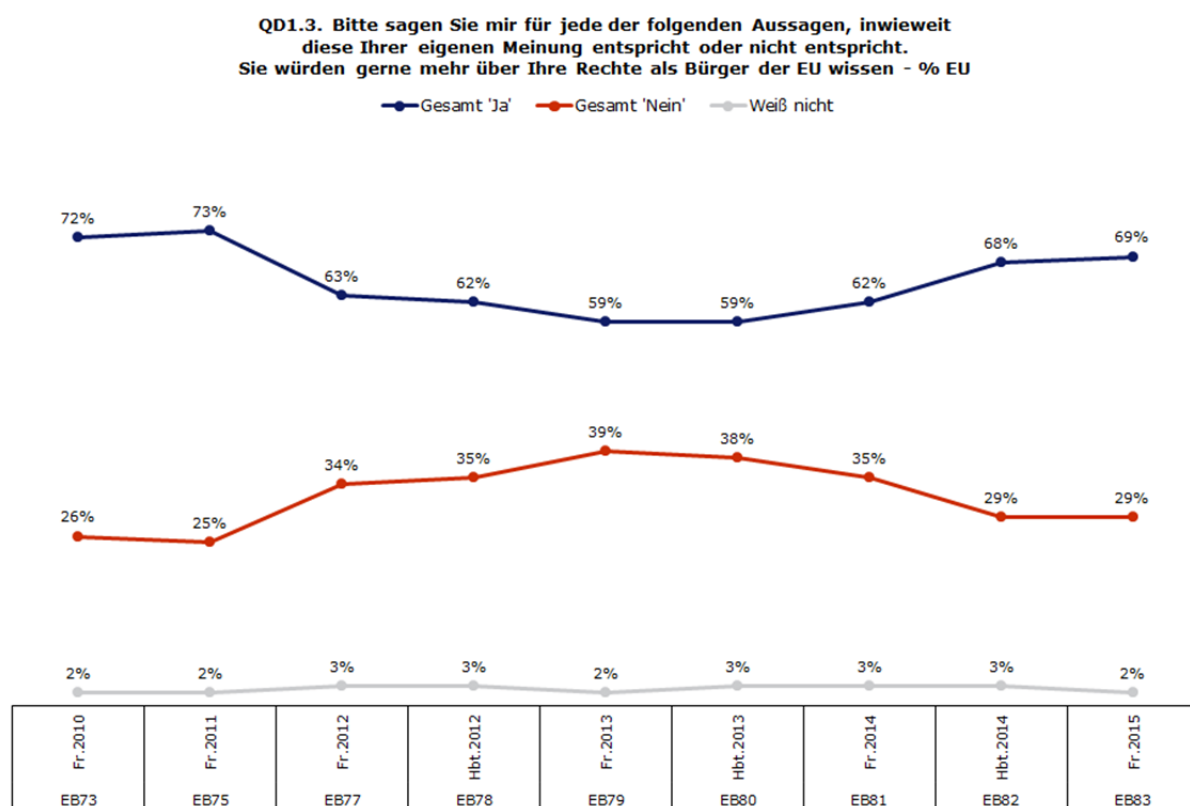
QD1.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie fühlen sich als Bürger der EU



### 3. DER WUNSCH, MEHR ÜBER SEINE RECHTE ZU WISSEN: TRENDS

Im Hinblick auf den Wunsch der Europäer, mehr über ihre Rechte als Bürger der EU zu erfahren, ergeben sich nur geringe Veränderungen. Es existiert allerdings weiterhin ein merklicher Aufwärtstrend: infolge eines Anstieg des Anteils positiver Antworten um +1 Prozentpunkt möchten nunmehr nahezu sieben von zehn Europäern mehr über ihre Rechte wissen (69% insgesamt „Ja“, +1 Prozentpunkt). Zwar wird der Wunsch, mehr über seine Rechte als EU-Bürger zu erfahren, etwas seltener geäußert als im Frühjahr 2010 und im Frühjahr 2011, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde, er erreicht jedoch sein seither höchstes Niveau. Im Gegensatz dazu geben weniger als drei von zehn Befragten an, nicht mehr über ihre Rechte wissen zu wollen (29%, unverändert).





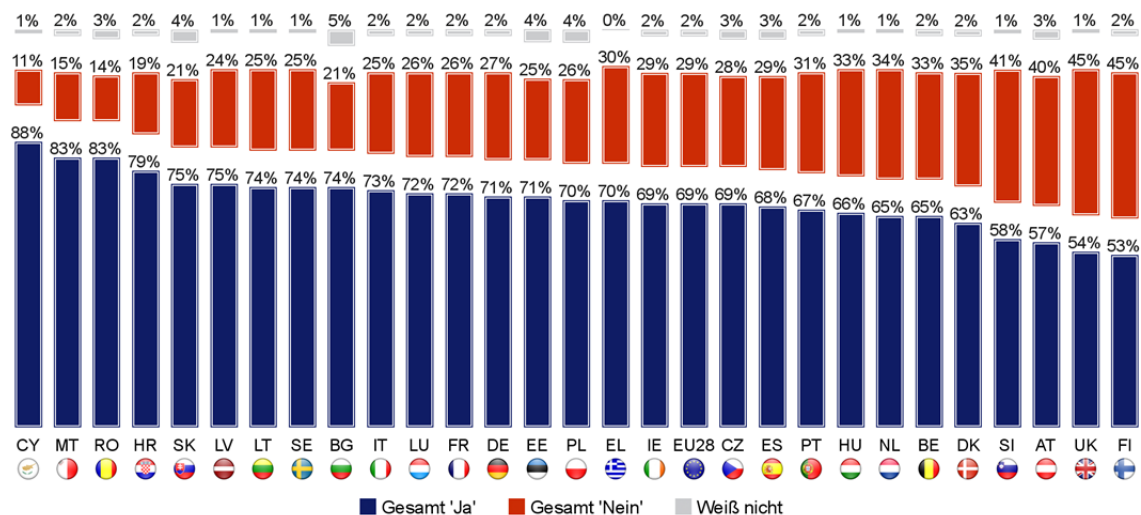
#### 4. DER WUNSCH, MEHR ÜBER SEINE RECHTE ZU WISSEN: NATIONALE ERGEBNISSE

In allen 28 Mitgliedstaaten möchte eine Mehrheit der Befragten – wobei die Anteile jedoch stark variieren – mehr über ihre Rechte als EU-Bürger wissen: dabei ist der Wunsch, mehr über diese Rechte zu erfahren, unter den Befragten auf Zypern (88% insgesamt „ja“, davon 75% „ja, voll und ganz“), auf Malta (83%) und in Rumänien (83%) sehr viel weiter verbreitet als in Finnland (53%), im Vereinigten Königreich (54%), in Österreich (57%) und in der Slowakei (58%).

Im Vergleich zum Herbst 2014 ist der Anteil der Befragten, die mehr über ihre Rechte als EU-Bürger wissen möchten, in neun Mitgliedstaaten gestiegen. Die deutlichste Zunahme ist in Rumänien (83%, +8 Prozentpunkte) zu registrieren. In 12 Ländern ist dieser Anteil zurückgegangen, und zwar am deutlichsten in Österreich (57%, -6). In den übrigen sieben Ländern zeigt er sich unverändert.

QD1.3. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen



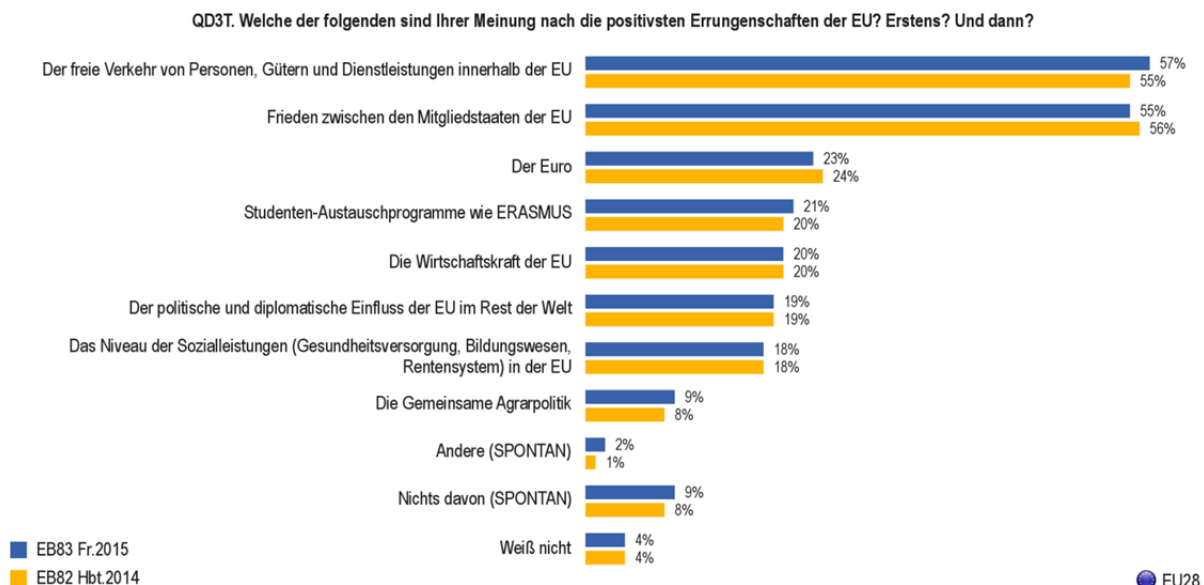


## 5. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN UNION: ENTWICKLUNGEN

„Der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ (57%, +2 Prozentpunkte) und „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ (55%, -1) bleiben in den Augen der Europäer die bei weitem positivsten Errungenschaften der EU. Insgesamt zeigt sich die Rangfolge dieser Errungenschaften nahezu unverändert, obwohl die beiden erstplatzierten Themen – Frieden und freier Verkehr – im Vergleich zum Herbst 2014 ihre Positionen getauscht haben. „Der Euro“ belegt weiterhin Rang drei und wird von 23% der Europäer genannt (-1).

Es folgen „Studenten-Austauschprogramme wie Erasmus“ (21%, +1 Prozentpunkt), „die Wirtschaftskraft der EU“ (20%, unverändert), „der politische und diplomatische Einfluss der EU im Rest der Welt“ (19%, =) und „das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU“ (18%, =), die jeweils von etwa einem Fünftel der Europäer genannt werden.

Dabei lassen sich Unterschiede zwischen den Ergebnissen innerhalb und außerhalb des Euroraums feststellen: Im Euroraum werden „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ und „der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ von einem gleich hohen Anteil der Befragten genannt (56%); auf Rang drei platziert sich der Euro (30%). Außerhalb des Euroraums steht „der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ an erster Stelle (58%) und positioniert sich vor dem „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ (54%); Platz drei belegt „das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU“ (22%).



## V. VORRANGIGE THEMEN

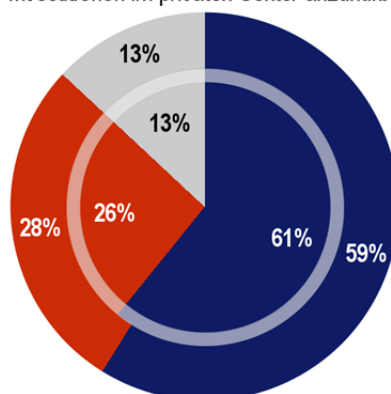
### 1. INVESTITIONEN

Eine große Mehrheit der Europäer meint, „öffentliche Mittel sollten genutzt werden, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln“: 59% stimmen dieser Aussage zu (-2 Prozentpunkte seit Herbst 2014). Nahezu drei von zehn Befragten stimmen dem nicht zu (28%, +2) und 13% antworten mit „Weiß nicht“.

**In 27 Mitgliedstaaten stimmt eine Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass öffentliche Mittel genutzt werden sollten, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln.** Die einzige Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich (40% stimmen zu, 44% stimmen nicht zu). Die Zustimmung zu dieser Aussage geht in 18 Mitgliedstaaten zurück, und zwar am deutlichsten in Österreich (56%, -14 Prozentpunkte). Im Vereinigten Königreich verlagert sich die Mehrheit der öffentlichen Meinung nach einem Rückgang der Zustimmung um -3 Prozentpunkte (40% insgesamt „stimme zu“ gegenüber 44%, im Vergleich zu 43% gegenüber 40% im Herbst 2014). In drei Ländern bleibt die Zustimmung gleich hoch und in sieben Ländern nimmt sie zu, wenn auch nur in geringem Maße: die höchsten Zugewinne sind in Ungarn (71%, +3) und in Rumänien (69%, +3) zu verzeichnen.

QC2a.5. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Öffentliche Mittel sollten genutzt werden, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln



● Gesamt 'Stimme zu'

● Gesamt 'Stimme nicht zu'

● Weiß nicht

Innerer Kreis : EB82 Hbt.2014

Äußerer Kreis : EB83 Fr.2015

EU28

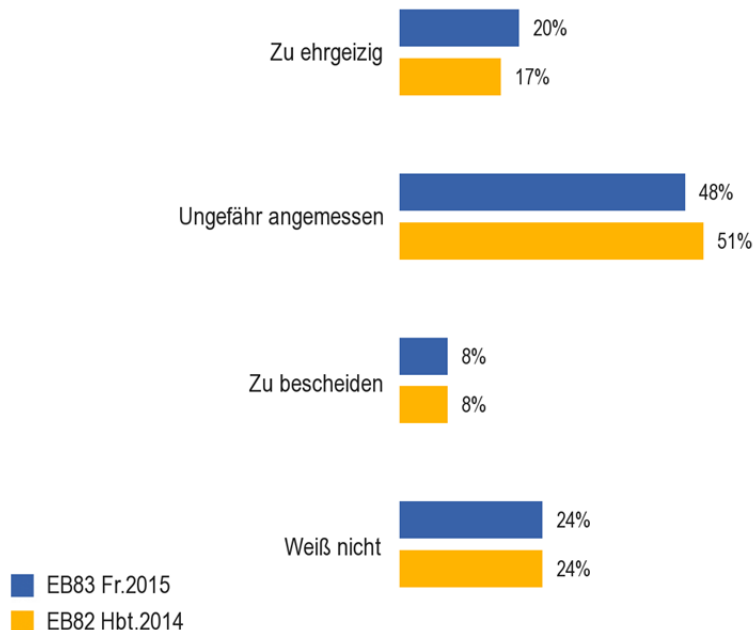
## 2. INDUSTRIE

Nahezu die Hälfte der Europäer meint auch weiterhin, dass „die Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020“ als Ziel ungefähr **„angemessen ist“** (48%, -3 Prozentpunkte seit Herbst 2014). Ein Fünftel hält dieses Ziel für „zu ehrgeizig“ (20%, +3) und 8% bezeichnen es als „zu bescheiden“ (unverändert). Schließlich antwortet etwa ein Viertel der Befragten mit „Weiß nicht“ (24%, =).

Wie im Herbst 2014 ist in 27 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass das Ziel einer „Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020“ realistisch ist. Luxemburg bildet dabei die einzige Ausnahme: Hier halten 32% dieses Ziel für „zu ehrgeizig“, 24% für „ungefähr angemessen“ und 8% für „zu bescheiden“, während eine Mehrheit der Befragten mit „Weiß nicht“ antwortet (36%). Im Vergleich zum Herbst 2014 nimmt der Anteil der Antwort „ungefähr angemessen“ in 20 Mitgliedstaaten ab, und zwar am deutlichsten auf Malta (45%, -8 Prozentpunkte) und in Lettland (51%, -8).

QB1.9. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020



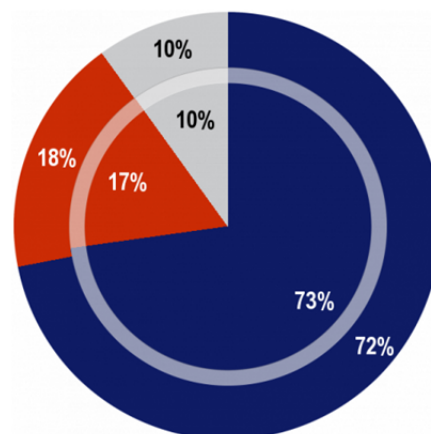
### 3. BEFÜRWORTUNG EINER GEMEINSAMEN ENERGIEPOLITIK ZWISCHEN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Eine große Mehrheit der Europäer spricht sich für „eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten“ aus (72%, -1 Prozentpunkt seit Herbst 2014). Weniger als ein Fünftel der Befragten sind gegen eine solche Politik (18%, +1) und einer von zehn Befragten antwortet mit „Weiß nicht“ (10%, unverändert).

In allen 28 EU-Mitgliedstaaten befürwortet mehr als die Hälfte der Befragten „eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten“. In Litauen (84%), auf Malta (83%), in Deutschland (83%), in Luxemburg (81%), in Belgien (80%), in Kroatien (78%), in Spanien (78%), in Griechenland (76%) und in Dänemark (76%) liegt dieser Anteil bei über drei Viertel der Befragten, während er in der Tschechischen Republik (56%), in Österreich (60%) und im Vereinigten Königreich (60%) geringer ausfällt. Die auf EU-Ebene zu beobachtende relative Stabilität verbirgt jedoch bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern: die Befürwortung „einer gemeinsamen Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten“ geht in 20 Mitgliedstaaten zurück, was sich am deutlichsten auf Zypern (69%, -9 Prozentpunkte) und in Österreich (60%, -8) zeigt. In acht Ländern, und hier in erster Linie in Kroatien (78%, +8), nimmt sie hingegen zu.

QA18.7. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?  
Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten



● Dafür  
● Dagegen  
● Weiß nicht

Innerer Kreis : EB82 Hbt.2014  
Äußerer Kreis : EB83 Fr.2015

● EU28

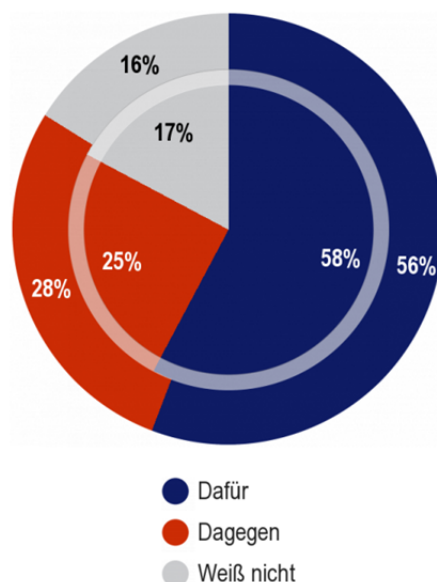
#### 4. BEFÜRWORTUNG EINES FREIHANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEN VEREINIGTEN STAATEN

Mehr als die Hälfte der Europäer unterstützt ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, wobei diese Unterstützung seit Herbst 2014 jedoch abgenommen hat: 56% sind „dafür“ (-2 Prozentpunkte seit Herbst 2014), während 28% „dagegen“ sind (+3) und 16% der Befragten mit „Weiß nicht“ antworten (-1).

**In 25 Mitgliedstaaten befürwortet eine Mehrheit der Befragten ein Freihandels- und Investitionsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten.** Wie schon im Herbst 2014 bilden Österreich (23% „dafür“ gegenüber 67% „dagegen“), Deutschland (31% gegenüber 51%) und Luxemburg (37% gegenüber 49%) in dieser Frage Ausnahmen, da sich in diesen Ländern eine Mehrheit gegen ein solches Abkommen ausspricht. In 14 Mitgliedstaaten geht die Unterstützung eines solchen Abkommens zurück, wobei in Österreich (23%, -16 Prozentpunkte), in Belgien (53%, -13), in den Niederlanden (63%, -11) und in Slowenien (46%, -11) sogar Abnahmen im zweistelligen Bereich zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu ist die Anzahl der Befürworter in neun Ländern gestiegen. In weiteren fünf Ländern zeigt sie sich unverändert.

QA18.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?  
Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA



Innerer Kreis : EB82 Hbt.2014

Äußerer Kreis : EB83 Fr.2015

EU28

## 5. EINWANDERUNG

Die Meinung der Europäer zur Einwanderung bleibt, sowohl im Hinblick auf Menschen aus anderen Mitgliedstaaten als auch in Bezug auf Menschen von außerhalb der EU, nahezu unverändert.

**Bei knapp über der Hälfte der Europäer ruft die Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten ein positives Gefühl hervor** (51%, -1 Prozentpunkt), während sie bei vier von zehn Befragten negative Assoziationen weckt (40%, -1). In 20 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 21 im Herbst 2014) hat die Mehrheit der Bevölkerung bezüglich der Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten ein positives Gefühl. Im Vergleich zum Herbst 2014 löst dieses Thema in sieben Ländern häufiger als zuvor ein positives Gefühl aus, was insbesondere auf Deutschland zutrifft (59%, +9). In 19 Mitgliedstaaten ist der Anteil der Befragten mit positiver Haltung gesunken, wobei in Polen (51%, -10), in Bulgarien (48%, -8) und in Finnland (69%, -7) besonders deutliche Abnahmen zu beobachten sind, während die Anteile in den verbleibenden zwei Ländern stabil bleiben.

**Die Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU ruft bei etwas mehr als einem Drittel der Europäer ein positives** (34%, -1 Prozentpunkt seit Herbst 2014), **bei 56% der Befragten jedoch ein negatives Gefühl (-1) hervor.** Schweden ist dabei das einzige Land, in dem eine große Mehrheit der Bevölkerung eine positive Einstellung zur Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU zeigt (66% insgesamt „positiv“ gegenüber 31%), wobei sich auch in Rumänien, Spanien, Kroatien und Irland – wenn auch weniger große – positive Mehrheiten bilden. In allen anderen Ländern löst die Einwanderung von Menschen von außerhalb der Europäischen Union mehrheitlich ein negatives Gefühl aus, das in der Tschechischen Republik (81%), in Lettland (78%), in Griechenland (78%) und in der Slowakei (77%) besonders deutlich ausgeprägt ist. Im Vergleich zum Herbst 2014 nimmt die negative Einstellung in dieser Frage in 15 Ländern und dabei insbesondere in Litauen (70%, +9) und in Polen (53%, +9) zu. In 12 Mitgliedstaaten geht sie hingegen zurück und in Frankreich bleibt sie unverändert.

QA10. Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen.



EB83 Fr.2015

EB82 Hbt.2014

■  
■  
Gesamt  
'Positiv'

■  
■  
Gesamt  
'Negativ'

■  
■  
Weiß nicht

● EU28

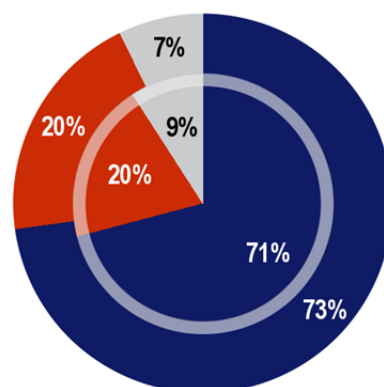
## 6. BEFÜRWORTUNG EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN EINWANDERUNGSPOLITIK

**Nahezu drei Viertel der Europäer sprechen sich für „eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik“ aus** (73%, +2 Prozentpunkte seit Herbst 2014). Ein Fünftel ist „dagegen“ (20%, unverändert) und 7% der Befragten antworten mit „Weiß nicht“ (-2).

**In allen 28 Mitgliedstaaten** (wie im Herbst 2014) **unterstützt eine Mehrheit der Befragten „eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik“**. In den Niederlanden (85%), in Deutschland (84%), auf Malta (84%), in Litauen (82%), in Luxemburg (82%) und in Spanien (81%) ist diese Einstellung dabei weiter verbreitet als in der Tschechischen Republik (52%), in Estland (53%), in Finnland (57%) und in Österreich (58%). Betrachtet man die Entwicklungen, so hat die Unterstützung einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik in 12 Ländern zugenommen, und zwar insbesondere in Deutschland (84%, +9 Prozentpunkte), in Schweden (77%, +8) und in Kroatien (71%, +7). Dagegen ist sie in 13 Mitgliedstaaten gesunken, was vor allem für Estland (53%, -11) und für die Tschechische Republik (52%, -7) gilt. In Luxemburg (82%), auf Zypern (75%) und in Italien (73%) bleibt der Anteil der Befürworter einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik unverändert.

QA18.6. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik



- Dafür
- Dagegen
- Weiß nicht

Innerer Kreis : EB82 Hbt.2014

Äußerer Kreis : EB83 Fr.2015

● EU28



## SCHLUSSFOLGERUNG

**Die Einwanderung gilt**, nachdem der Anteil ihrer Nennungen in spektakulärer Weise zugenommen hat, **nunmehr als das wichtigste Problem, dem die EU derzeit gegenübersteht**. Sie löst damit wirtschaftliche Themen ab, die die Rangfolge der wichtigsten Probleme seit Einführung dieser Frage im Herbst 2010 (EB74) angeführt haben. Die Einwanderung ist für die Europäer insgesamt das derzeit wichtigste Problem der EU und steht in 20 Mitgliedstaaten an erster Stelle der Hierarchie. Befürchtungen im Hinblick auf den **Terrorismus nehmen ebenfalls sehr deutlich zu. Hingegen setzt sich bei den Sorgen um wirtschaftliche Themen der bereits bestehende Abwärtstrend fort.**

Die Indikatoren zur Unterstützung der EU verzeichnen weiterhin steigende Werte: es haben **mehr Europäer ein positives denn ein neutrales oder negatives Bild von der EU.**

**Das Vertrauen in die EU ist ebenfalls gestiegen**, während das Misstrauen zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2011 (EB75) unter 50% gesunken ist.

**Die optimistische Einschätzung der Zukunft der EU** setzt ihren Aufwärtstrend fort: 58% der Europäer sagen, dass sie der Zukunft der EU optimistisch entgegen sehen.

Auch wenn sie weiterhin in der Minderheit bleiben, **ist der Anteil der Europäer gestiegen, die meinen, dass ihre Stimme in der EU zählt**. Exakt die Hälfte der Europäer stimmt der entsprechenden Aussage nicht zu, womit das niedrigste Ergebnis seit Einführung dieser Frage erreicht wird. Seit den Europawahlen 2014 etabliert sich der Anteil der Bürger, die der Meinung sind, dass ihre Stimme zählt, durchgehend auf einem hohen Niveau.

Die Einschätzung der Wirtschaft hat sich verbessert: Nahezu vier von zehn Europäern glauben, dass die **ationale wirtschaftliche Lage** „gut“ ist, während weniger als sechs von zehn sie als „schlecht“ betrachten. Trotz dieser Verbesserung bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Nahezu die Hälfte der Europäer (48%) meint, dass **die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt bereits erreicht haben**, womit der höchste Anteil dieser Antwort seit Einführung dieser Frage Anfang 2009 erreicht ist.

Die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 12 Monaten sind gestiegen und im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation sind die **Optimisten** sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene **zahlreicher als die Pessimisten**. Der Optimismus-Index zur Wirtschaft erreicht für die nationale Wirtschaft den seit Frühjahr 2004 (EB61) höchsten gemessenen Wert.

Die **Unterstützung des Euro** setzt ihren seit Herbst 2013 (EB80) andauernden Aufwärtstrend fort. Eine große Mehrheit der Europäer befürwortet die Einheitswährung und in 21 Mitgliedstaaten teilt eine Mehrheit der Befragten diese Einstellung.

**Mehr als zwei Drittel der Europäer haben das Gefühl, Bürger der EU zu sein.** Zum ersten Mal erreicht dieser Anteil ein derart hohes Niveau. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten würde gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen. In 27 Mitgliedstaaten fühlt sich eine Mehrheit der Befragten als Bürger der EU. Im verbleibenden Land ist die Bevölkerung in zwei gleich große Lager gespalten.

**Die Wahrnehmung der positivsten Errungenschaften der EU** durch die Befragten zeigt sich im Vergleich zum Herbst 2014 nahezu unverändert: Platz eins erreicht **der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU**, Platz zwei belegt der **Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU**; beide Themen werden dabei erneut von mehr als der Hälfte der Europäer genannt. **Der Euro** gilt nahezu einem Viertel der Europäer als eine der positivsten Errungenschaften der EU.

Im Hinblick auf die politischen Prioritäten der Europäischen Union stimmen fast sechs von zehn Europäern der Aussage zu, dass **öffentliche Mittel genutzt werden sollten, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln**. In 27 Ländern wird diese Ansicht weiterhin mehrheitlich vertreten.

**Beinahe die Hälfte der Europäer beurteilt das Ziel einer Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020** als „ungefähr angemessen“. In 27 Mitgliedstaaten vertritt eine Mehrheit der Befragten diese Meinung.

Eine große Mehrheit der Europäer befürwortet **eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten** und mehr als die Hälfte unterstützt **ein Freihandels- und Investitionsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten**. Allerdings sinken die Anteile der Unterstützer in beiden Fällen leicht im Vergleich zum Herbst 2014.

Die **Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten** löst bei mehr als der Hälfte der Europäer ein positives Gefühl aus, während für die **Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU** jedoch das Gegenteil gilt. Insgesamt sprechen sich fast drei Viertel der Europäer für eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik aus, wobei der Anteil der Befürworter im Vergleich zum Herbst 2014 leicht gestiegen ist.

## STANDARD-EUROBAROMETER 83

### Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 16. Mai und dem 27. Mai 2015 hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS political & social, TNS UK und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Strategie, Corporate Communication Maßnahmen und Eurobarometer“, die EUROBAROMETER-Umfragerunde 83.3 durchgeführt.

Die Welle 83.3 ist die STANDARD-EUROBAROMETER 83 Umfrage und deckt die Bevölkerung mindestens 15-jähriger Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 83 Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1,014	16/05/15	26/05/15	9,263,570	2.18%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1,063	16/05/15	26/05/15	6,294,563	1.48%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1,021	16/05/15	26/05/15	8,955,829	2.11%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1,020	16/05/15	26/05/15	4,625,032	1.09%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1,554	16/05/15	26/05/15	71,283,580	16.79%
EE	Estland	TNS Emor	1,001	16/05/15	26/05/15	1,113,355	0.26%
IE	Irland	Behaviour & Attitudes	1,018	16/05/15	26/05/15	3,586,829	0.84%
EL	Griechenland	TNS ICAP	999	16/05/15	26/05/15	8,791,499	2.07%
ES	Spanien	TNS Spain	1,002	16/05/15	26/05/15	39,506,853	9.31%
FR	Frankreich	TNS Sofres	997	16/05/15	26/05/15	51,668,700	12.17%
HR	Kroatien	HENDAL	1,008	16/05/15	26/05/15	3,625,601	0.85%
IT	Italien	TNS Italia	1,028	16/05/15	26/05/15	51,336,889	12.09%
CY	Zypern	CYMAR	500	16/05/15	26/05/15	724,084	0.17%
LV	Lettland	TNS Latvia	1,005	16/05/15	26/05/15	1,731,509	0.41%
LT	Litauen	TNS LT	1,003	16/05/15	26/05/15	2,535,329	0.60%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	504	16/05/15	27/05/15	445,806	0.11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1,055	16/05/15	26/05/15	8,477,933	2.00%
MT	Malta	MISCO	504	16/05/15	26/05/15	360,045	0.08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1,010	16/05/15	26/05/15	13,901,653	3.27%
AT	Österreich	ipr Umfrageforschung	1,032	16/05/15	27/05/15	7,232,497	1.70%
PL	Polen	TNS Polska	998	16/05/15	26/05/15	32,736,685	7.71%
PT	Portugal	TNS Portugal	1,000	16/05/15	26/05/15	8,512,269	2.01%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1,007	16/05/15	26/05/15	16,880,465	3.98%
SI	Slowenien	RM PLUS	1,008	16/05/15	26/05/15	1,760,726	0.41%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1,051	16/05/15	26/05/15	4,580,260	1.08%
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1,013	16/05/15	26/05/15	4,511,446	1.06%
SE	Schweden	TNS Sifo	1,037	16/05/15	26/05/15	7,944,034	1.87%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1,306	16/05/15	26/05/15	52,104,731	12.27%
<b>GESAMT EU28</b>			<b>27,758</b>	<b>16/05/15</b>	<b>27/05/15</b>	<b>424,491,772</b>	<b>100%*</b>

\* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können

CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	KADEM	500	16/05/15	25/05/15	143,226
TR	Türkei	TNS Piar	1,010	16/05/15	27/05/15	54,844,406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS BRIMA	1,055	16/05/15	23/05/15	1,678,404
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	530	16/05/15	24/05/15	492,265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1,015	16/05/15	26/05/15	6,409,693
AL	Albanien	TNS BBSS	1,000	16/05/15	25/05/15	2,221,572
<b>TOTAL</b>			<b>31,868</b>	<b>16/05/15</b>	<b>27/05/15</b>	<b>490,281,338</b>